Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 10. Januar 1931

35. Jahrgang — Nummer 2

Wirtschaftsnot und Arbeiterbewegung

Kampf dem Fatalismus — Keine falschen Propheten

Wie in jeder Krisenzeit, so haben auch jetzt die Gewerkschaften wieder eine Art Feuerprobe zu bestehen. Die Unternehmer befinden sich in der Offensive, während die Gewerkschaften bemüht sind, geplante Verschlechterungen nach bester Möglichkeit abzuwehren. Dazwischen steht die Regierung, deren sozialpolitischer Vertreter, der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, noch kürzlich erklärte, daß es in einer Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes unmöglich sei, die Tariflöhne zu halten, die man in einer günstigen Wirtschaftsperiode vereinbart habe. Und da die sozialpolitischen Kraftproben unter diesen Umständen und unter dem Druck der gewaltigen Arbeitslosigkeit nicht immer zugunsten der Gewerkschaften ausfallen, müssen diejenigen enttäuscht werden, die die Stellung und Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften in Krisenzeiten überschätzen. Diese pessimistische Auffassung wird aber auch vielfach noch durch die naive Anschauung verstärkt, daß es den Gewerkschaften heute schon möglich sein müsse, die verheerenden Folgen und Begleiterscheinungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zu verhindern. Die Folgen dieser falschen Beurteilung äußern sich in einer Mißstimmung und in einer Lähmung des Organisationswillens.

Neben diesen Schwierigkeiten innerhalb des Organisationslebens ist das außergewöhnliche Wachstum extremer Richtungen in Krisenzeiten ein sprechendes Beispiel dafür, daß wortradikale und extreme Bestrebungen viel mehr Anhänger als in normalen Zeiten finden. Es ist der berühmte Wunderglaube an eine plötzliche Beseitigung der Wirtschaftsnot mit gewaltsamen politischen Mitteln, der weite Kreise erfaßt und sinnlosen Quertreibereien Tür und Tor öffnet. Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften haben daher in jeder Krisenzeit harte Gesinnungsproben zu bestehen. Jetzt muß es sich zeigen, inwieweit die Gewerkschaftszugehörigkeit Herzenssache und Ueberzeugung ist oder ob nur die sichtbaren materiellen Vorteile in günstigen Zeiten der Grund zur Organisierung waren.

Was den hemmenden Pessimismus angeht, so ist zu sagen, daß wohl kein Gewerkschafter mit der gegenwärtigen Situation zufrieden ist. Die ungeheure Arbeitslosennot, Kurzarbeit und Lohnausfall, die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums, die einseitige und unzulängliche Regierungspolitik belasten jeden Funktionär in starkem Maße. Es besteht also Einmütigkeit darüber, daß die Not riesengroß ist. (Allein Europa zählt etwa 15 Millionen Arbeitslose.) Wie aber würden die Verhältnisse sein, wenn wir bei einem Arbeitslosenheer von 4 Millionen in Deutschland keine Arbeitslosenunterstützung und keine Tarifverträge hätten? Die Arbeitslosen müßten unaufhaltsam zu Lohndrückern werden, und in dem Kampf um die Arbeitsstelle um jeden Preis würde eine Verelendung schlimmster Art Platz greifen müssen. Man denke nur an die katastrophalen Verhältnisse in früheren Krisenperioden, in denen sich die kapitalistische Entwicklung hemmungslos auswirken konnte. Oder man denke an das Los der Erwerbslosen in den Staaten wie Amerika, in denen man eine Arbeitslosenfürsorge nach deutschem Muster nicht kennt, und auch der größte Fatalist wird nicht sagen können, die deutsche Arbeiterschaft habe nichts mehr zu verlieren. Zu diesen pessimistischen Anschauungen kann überhaupt nur der kommen, der den Kampf der Arbeitgeber und Rechtspolitiker um die Beseitigung der Tarifverträge und gegen die Arbeitslosenversicherung nicht sieht oder nicht sehen will. Jeder Einsichtige dagegen muß zugeben, daß trotz mancher Rückschläge es den deutschen Gewerkschaften gelungen ist, in der größten aller Wirtschaftskatastrophen manche Errungenschaften zu halten. Und in dem Kampfe, die Krisennot zu mildern, sind die Gewerkschaften auch nicht passiv geblieben. In zahlreichen Kundgebungen verschiedenster Art haben sie Wege aufgezeigt und Forderungen erhoben, die grundlegend für die tariflichen Kämpfe und gesetzgeberischen Arbeiten waren. Wenn diese Zielsetzungen nicht immer die notwendige Berücksichtigung gefunden haben, dann liegt es nicht an dem guten Willen der Gewerkschaftsfunktionäre, sondern an den Machtverhältnissen. Diese werden aber zur Zeit durch folgende Faktoren bestimmt:

a) durch den Ausgang der Septemberwahlen, die den politischen Einfluß der Sozialdemokratie bzw. der Linken nicht gestärkt, sondern geschwächt haben;

b) durch die Tatsache, daß auch heute noch ein großer Teil der deutschen Arbeitnehmer den Gewerkschaften nicht angehört;

Die Enttäuschung über die Nichterfüllung notwendiger sozialer Aufgaben darf sich daher nicht in einer fatalistischen Auffassung ausdrücken, sondern muß den Willen zur Machteroberung und damit zum Ausbau der Gewerkschaften stärken.

Wie in jeder Notzeit, so versuchen die Putschisten und Gewaltanbeter die Not- und Verzweiflungsstimmung breiter Volksmassen für verzweifelte politische Geschäfte auszunutzen.

Die Nazis, durch ihren Zufallssieg größenwahnsinnig geworden, planen die Schaffung von Betriebszellen, die eine Vorstufe zur Gründung von nationalsozialistischen Berufsgewerkschaften bilden sollen.

Die kommunistische Partei weiß nichts besseres zu tun, als die Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.) bzw. die Schaffung neuer Verbände zu propagieren.

Um diese Ziele zu erreichen, kann man nichts anderes unternehmen, als die Gewerkschaftsarbeit herabzuzerren, die Funktionäre zu beschimpfen und unter dem Deckmantel radikaler Forderungen und Phrasen die Spaltungspolitik als zeitgemäß hinzustellen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die Rechts- und Linksbolschewisten erkannt haben, daß die Gewerkschaften ein Machtzentrum darstellen, das sie ihren Parteizwecken nutzbar machen wollen.

In normalen wirtschaftlichen Zeiten sind derartige Spaltungsversuche einfach unmöglich. Aber die ersten Nachkriegsjahre, die Inflationszeit, hatten schon einmal eine „revolutionäre" Gewerkschaft, die „Union", entstehen lassen, die trotz augenblicklichen Zulaufes sehr bald kläglich zusammenbrach. Dieses Experiment, das der deutschen Arbeiterbewegung Schaden zugefügt hat, sollte schrecken. Um so mehr, da die deutsche Wirtschaftskrise und Arbeitslosennot als eine Teilerscheinung der Weltwirtschaftskrise nicht durch die Gründung eines scheinradikalen Verbandes behoben werden kann, der nationalsozialistische Wahlerfolg im Gegenteil der deutschen Wirtschaft über 1,5 Milliarden notwendiges Kapital entzogen hat.

Die Rezepte der extremen Parteien, neue Gewerkschaften zu gründen bzw. in den bestehenden Verbänden eine Zersetzungsarbeit zu betreiben, können daher nicht entschieden genug verurteilt werden. Wir wissen, wie riesengroß die Not, wie sinnwidrig und fehlerhaft das heutige Wirtschaftssystem, und wie ungerecht die Güterverteilung noch sind. Wir wissen aber auch, daß in dem Kampf um eine höhere und gerechtere Ordnung die gewerkschaftliche Macht und Geschlossenheit von ausschlaggebender Bedeutung ist. Darum gibt es nur eine Parole: Kampf dem Fatalismus, Kampf den politischen Geschäftemachern und Spaltungspolitikern. Ein Goethewort lautet:

„Der Mensch, der zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter. Wer aber fest auf seinem Sinne beharrt, der bildet die Welt in sich."

Der Kampf der Marmorarbeiter in Italien

Vom Kollegen Kolbe, dem Internationalen Steinarbeiter-Sekretär, erhalten wir darüber folgende Schilderung, die zugleich eine Kennzeichnung der Nazi-Bestrebungen in Deutschland abgibt, denn sie, die Nazis, erstreben ja Mussolini-Methoden in Deutschland:

Der Klassenkampf der Bourgeoisie unterscheidet sich von dem des organisierten Proletariats dadurch, daß er nie mit offenem Visier ausgekämpft wird. Mussolini formuliert ähnlich wie Brüning in Deutschland die Notwendigkeit der Lohnsenkung so, daß man auf die Produktionskosten einwirken müsse, um sie im Rahmen der Möglichkeit zu reduzieren, damit die Absatzpreise noch eine Profitmarge auf die Herstellungskosten erzielen lassen. Dieses Programm ist wohl das einzige, das der Faschismus mit unleugbarer Konsequenz und Beharrlichkeit durchsetzt und weiter durchzusetzen gedenkt. Der Erfolg dieser Politik übersteigt zweifellos die offiziellen statistischen Angaben, die unter Ausschluß jeder Kritik und Berichtigungsmöglichkeit bekanntgegeben werden. Schon aus diesen sehr anfechtbaren Angaben ergibt sich, welchen Geistes die Sozialpolitik der faschistischen Diktatur ist, und welches das Ergebnis ihrer Politik für die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft ausschließlich angewiesene Bevölkerung.

Beispiele dieser faschistischen „Gewerkschaftspolitik" ließen sich viele hier wiedergeben. Den Landarbeitern in Mantua wurden durch behördliche Verfügung die Löhne um 10 bis 15 Prozent reduziert, den Werftarbeitern in Ligurien um 33 Prozent, obschon hier in den letzten sechs Jahren die Lebenshaltung nicht etwa zurückging.

Der „Preisabbau" beschränkt sich auf den Preis der Ware Arbeitskraft. Dem „Annuario Statistico" entnehmen wir folgende Angaben:

	Lohn im 2. Quartal 1921	Lohn im September 1928	Reduktion
	Lire	Lire	in Proz.
Bauarbeiter	26.40	18.40	32
Qualifizierte Arbeiter . .	30.—	18.40	—
Autoindustrie	27.26	20.—	19
Indexziffer	522	529	

Aber die Lage der italienischen Arbeiterschaft erschöpft sich nicht in der Lohnsenkungspolitik, die allgemeinen Arbeitsbedingungen, die Freiheit des Geistes, sind ebenso Elemente eines menschwürdigen Daseins der Arbeiter. Auf diesem Gebiete ist ja die phraseologische Verkleidung der wirklichen Zustände im Faschismus besonders ausgeprägt. Das zeigt die Lage der Marmorarbeiter in Carrara.

Schon seit Jahrzehnten sind die Marmorarbeiter in Carrara organisiert, wir hatten Gelegenheit, schon 1906 dies selbst feststellen zu können. In Carrara, in Massa, Pietrasanto, den nahen Seravezza und Querceta war schon damals alles organisiert, und zwar vom Bildhauer bis zum Transportarbeiter. Schon damals beherrschten die großen englischen Aktiengesellschaften die Industrie; erst nach dem Krieg, bei vorhergegangener Stockung, traten neue Industriegesellschaften auf.

Die Marmorhauer hatten damals den sechseinhalbstündigen Arbeitstag, die übrigen Arbeiter, inklusive der Transportarbeiter, den achtstündigen Arbeitstag. Es brauchte allerdings verschiedene zähe Kämpfe, um zu diesem Ziele zu gelangen. Der Widerstand der Aktionäre, speziell der ausländischen, war kein geringer. Die nachträgliche faschistische Eroberung dieses Bezirkes war denn auch besonders stark im Zeichen der entfesselten Rachsucht der reaktionären Bürgergardisten: 30 Tote und eine Anzahl zu unmenschlich harten Strafen verurteilter Arbeiter sind das Symptom des Leidensweges der dortigen Arbeiterschaft. In einer einzigen Hauerfamilie im Dorfe Bergiala wurden Vater und vier Söhne von dem Schreckenstribunal in Rom lediglich ihrer Gesinnungstreue als Freigewerkschaftler wegen zu je 30 Jahren Kerker verurteilt.

Dieser Kampf gegen die Rechte der Marmorarbeiter, der sich für die „Eroberung" von Lohnreduktionen und Arbeitszeitverlängerung auswirkte, hatte noch einen besonderen Grund, der Kampf ging um nichts weniger als um die Besitztitel an den Marmorbrüchen. Die Besitztitel der heutigen Unternehmer sind sehr zweifelhaft, da nach heute noch gültigem Strafrecht aus der Zeit der Herzogin Maria Theresia von Massa-Carrara jedermann in der Gemeindemarkung abbauen kann, wenn er dies in der Gemeinde 90 Tage öffentlich bekanntgibt und in dieser Zeit niemand das Recht der Erstfindung glaubhaft einwendete. Auch heute noch werden neue Brüche so eröffnet, trotzdem sind aber die Unternehmer der Steingruben zumeist keine Anwohner der Gemeindemarkung, und ihre Besitztitel werden in einer heftigen Fehde des freigewerkschaftlichen Organs „Il Cavatore" („Der Steinbrecher") bestritten. Nichts verträgt sich so schlecht mit dem vom faschistischen Programm und dem Korporationsgesetz heiliggesprochenen Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln wie ein derartiger Angriff auf solche Besitztitel. Mit Feuer und Schwert wurden die freien Gewerkschaften bekämpft, die Arbeitskammern überfallen, verwüstet und die rauchenden Ruinen dann von den Hütern der Staatsgewalt der Korporation übergeben, die sich hier häuslich einrichtete und begann, die Rechte der Arbeiter nach faschistischen Gewerkschaftsprinzipien zu wahren. Und dies gerade in dem Gebiet Italiens, das zuerst die Zentrale des italienischen Anarchismus und nachher das Zentrum des Faschismus war. Es scheint, daß der ehemalige Anarchist Mussolini nicht lange darüber im Zweifel war, wie man solche, ihm ehemals befreundete Gebilde am wirksamsten bekämpft. Zuerst wurde in Carrara ein Streik inszeniert, der natürlich auf Grund der mangelnden Vorbereitungen zu einer katastrophalen Niederlage führen mußte und nach einer angeordneten Periode des Hungers, der Arbeitslosigkeit zu einer Zeit relativer Ruhe führte. Nur der Personenwechsel im Korporationssekretariat war noch eine Zeitlang äußerst lebhaft; es wechselte einer nach dem andern. Der heute amtierende Korporationsgewaltige ist ein Hauptmann Margara, der, wie seine Vorgänger, seine gewerkschaftliche Tätigkeit mit der Versendung unendlicher Rundschreiben begann und in der Absolvierung zahlreicher Kontrollbesuche erschöpfte.

Früher dauerten die Generalversammlungen der Arbeitskammer Carrara 2 bis 3 Tage, diejenigen der faschistischen Zwangsorganisationen sind in 2 bis 3 Stunden beendigt. Der Hauptinhalt dieser Generalversammlung ist eine Rede des von Rom bezeichneten Vertreters, das Bankett und einige Huldigungstelegramme. Die Arbeiterschaft selbst hat mit diesem Theater nichts zu tun und keine Gemeinschaft mehr mit ihr.

So ist es in Carrara, so ist es in ganz Italien. Die Organisationen sind der militärischen Gewalt gewichen, aber der Geist der freigewerkschaftlichen Erziehung und sozialistischen Traditionen ist noch nicht erstorben.

Betriebsvertretung und Unfallverhütung

Ueber die große Bedeutung, die der Betriebsvertretung auf dem Gebiete der Unfallverhütung zukommt, gibt Oberregierungsrat Schmitt in dem 54. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt „Arbeitsschutzfragen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten" (Reichsarbeitsministerium, Berlin 1930) folgende bemerkenswerte Bekundung:

Das Urteil über die Tätigkeit und Mitwirkung der Betriebsvertretung auf dem Gebiete des Unfallschutzes ist im allgemeinen günstig. Fast ausnahmslos war in den größeren Betrieben ein verständiges Eingehen der Betriebsräte auf die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten festzustellen. Bemerkenswert ist die Beobachtung, daß die Arbeitervertretungen sich in den letzten Jahren mehr als zuvor mit der Frage der Staubbeseitigung und Luftverbesserung befassen. Daß nicht nur gesundheitliche Betrachtungen, sondern Akkordlohnfragen diese Neigung in erster Linie geweckt haben, berührt den erfreulichen Erfolg nicht. Ein besonderes Verständnis für den Unfall- und Gesundheitsschutz sowie auch für Fragen wirtschaftlicher Art ist namentlich bei den Betriebsmitgliedern festzustellen, welche ihr Betriebsratsamt ununterbrochen schon mehrere Jahre verwalten.

Die Unfalluntersuchungen und die Betriebsbesichtigungen wurden größtenteils unter Hinzuziehung der Betriebsräte vorgenommen. Es konnte dabei beobachtet werden, daß in den Großbetrieben langjährigen Mitgliedern der Arbeitnehmervertretungen, welche nicht selten beachtenswerte Mitarbeit leisteten, von der Betriebsleitung mehr Vertrauen entgegengebracht und daß dadurch das Zusammenwirken in der Unfallverhütung gefördert wurde.

Auch nach dem Dresdner Bericht hat sich die Beteiligung der Betriebsvertretungen an den Besichtigungen in unfalltechnischer Hinsicht als recht zweckmäßig erwiesen, und es kommt erfreulicherweise immer seltener vor, daß von dieser Seite unberechtigte Forderungen und unerfüllbare Wünsche vorgebracht werden. Im Gegenteil, wenn auch allgemein die Betriebsvertretungen die Anordnungen des Gewerbeaufsichtsamtes begrüßten und für notwendig hielten, so setzten sie sich trotzdem öfter mit Rücksicht auf die augenblicklich wirtschaftlich ungünstige Lage für eine Stundung ein, d. h. natürlich nur insoweit, als dadurch der Unfallgefahr kein erheblicher Vorschub geleistet wurde. Solche Stellungnahme der Betriebsvertretungen war allerdings nur dort möglich, wo ihnen die Unternehmer jederzeit und offen Einblick in die Geschäftslage gewährten.

Allerdings ließen auch Betriebsratsmitglieder mitunter die nötige Energie ihren Arbeitskollegen gegenüber vermissen, um diese zur gewissenhaften Benutzung von Schutzvorrichtungen, Schutzbrillen usw. anzuhalten, oder gaben selbst ein schlechtes Beispiel. Auch ließen sie zu, daß trotz ausdrücklichen Verbots der Berufsgenossenschaft und trotz der dafür angesetzten Putzstunde an laufenden Maschinen geputzt wurde.

Die Einsetzung und Tätigkeit von Unfallkommissionen, welche in größerer Zahl erfahrene und umsichtige Arbeiter aus verschiedenen Betriebsabteilungen, darunter Mitglieder des Betriebsrats, angehören, machte in den größeren Betrieben weitere Fortschritte.

Diese amtlichen Feststellungen beweisen, daß im allgemeinen die Betriebsvertretungen sich ihrer Aufgabe wohl bewußt und ihr auch gewachsen sind.

Hakenkreuzler als Zellenbauer

Daß der unverhoffte Mandatsgewinn am 14. September die nationalsozialistischen Führer größenwahnsinnig gemacht hat, ist allseits bekannt. Man braucht nur die schwulstigen Reden und Artikel aus dem nationalsozialistischen Lager zu studieren, um zu erkennen, welch groteske Formen der Größenwahn der Hakenkreuzler bereits angenommen hat. Um nun den Zufallssieg der Septemberwahl zu verankern und die politische Macht völlig zu erobern, haben die deutschen Faschisten den verständlichen Plan, ihre organisatorischen Stützpunkte weiter auszubauen. Zu diesem Zwecke planen sie auch eine Eroberung der Betriebe, d. h. sie versuchen nach dem Muster der kommunistischen Zellenbauerei, durch eine planmäßige Agitation in den Betrieben neue Anhänger zu gewinnen. Auf welche Weise sie dieses Ziel erreichen wollen, geht aus den streng vertraulichen Richtlinien hervor, die von der Kreisleitung Groß-Frankfurt herausgegeben und durch einen günstigen Wind näher bekannt wurden.

Einleitend wird in den Richtlinien betont, daß der nationalsozialistische Betriebsfunktionär die Aufgabe habe, den Marxismus in seinen stärksten Bollwerken — in den Betrieben — zu zerschlagen und diese zu nationalsozialistischen Hochburgen auszubauen. Durch sozialpolitische Beratung und arbeitsrechtliche Vertretung müsse er als Vertrauensmann der Partei sich auch das Vertrauen der Belegschaft erwerben. Seine politische Tätigkeit müsse propagandistischer Art sein, keine Massenarbeit, aber wohldurchdachte, kluge Kleinarbeit. „Schritt für Schritt! Mann für Mann!" Als Mittel sollen die Zeitungen dienen, die offen gelesen, zufällig liegen gelassen oder von unsichtbarer Hand verteilt würden. Kleine Propagandaschriften, Bücherverleih, Umlaufmappen und Kartenverkauf für Versammlungen sollen weitere Werbemittel sein. Für die Massenwerbung werden monatliche Flugblätter, Betriebszeitungen und Versammlungen in Aussicht gestellt.

Bezüglich der Stellungnahme zu den Gewerkschaften wird als parteiamtliche Richtlinie wörtlich folgendes betont:

„Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellen-Organisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitisch verbürgte Neutralität jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern."

Also: Bis zur Schaffung besonderer nationalsozialistischer Gewerkschaften sollen die Hakenkreuzler, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, als Sauerteig in den Gewerkschaften wirken. Eine besondere Betriebszelle soll dann gebildet werden, wenn 15 Nationalsozialisten in einem Betriebe vorhanden sind.

Die sozialpolitische Funktion soll, wie bereits erwähnt, beratender Art sein, indem der Nationalsozialist auf die Sicherung der tariflichen Rechte und die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen achten soll Ferner sollen nationalsozialistische Betriebsräte in bestmöglicher Weise die Vertretung am Arbeitsgericht übernehmen. Weiterhin wird als dritte sozialpolitische Aufgabe erwähnt, gegen den „Terror" der roten Funktionäre (gemeint sind die Gewerkschaftsfunktionäre) vorzugehen. Zur Erleichterung dieses Vorgehens wird in den Richtlinien auf Artikel 117 und 159 der Weimarer Reichsverfassung (!) sowie auf § 66 und § 88 des Betriebsrätegesetzes verwiesen. Entsprechend des Grundsatzes: „Kein Betrieb ohne Betriebsrat" wird sodann zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen aufgefordert. Die Listen sollen die Bezeichnung „Nationalsozialisten" tragen. Nähere Richtlinien hierzu werden angekündigt.

Ein Nachrichtendienst soll ebenfalls eingerichtet werden und vor allem die Aufgabe haben, die Presse mit „zügigen" Mitteilungen versehen. Schulungskurse sollen bezwecken, daß der nationalsozialistische Betriebsfunktionär „dem roten Vertreter nicht nur gewachsen, sondern überlegen sein soll".

Sehr bemerkenswert ist sodann folgender Passus:

„Dem NS.-Funktionär wird es zur Pflicht gemacht, freie Arbeitsstellen sofort der Kreisgeschäftsstelle zu melden. Eine große Anzahl von Parteigenossen sind arbeitslos. Sie können dem National-S.-Betriebsfunktionär wertvolle Dienste in seinem Betrieb leisten.

Es muß im übrigen dem Geschmack des Funktionärs überlassen werden, so taktisch klug vorzugehen, daß es ihm gelingt, die Stelle mit einem Parteigenossen zu besetzen. Während der dort sich vorstellende Parteigenosse „zufällig" von der Stelle erfahren haben muß, bzw. „zufällig" nach Arbeit fragt und sich streng neutral zu verhalten hat, wird es in anderen Betrieben notwendig sein, den benachrichtigten Parteigenossen anzuweisen, sich als NS. auszugeben und ihn am besten an den in Frage kommenden, die Einstellung bewirkenden Angestellten überweisen.

Grundsatz: Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!"

Soweit sinngemäß und teilweise wörtlich die Richtlinien, die nur für den Kreis Groß-Frankfurt Geltung haben, aber typisch für die nationalsozialistischen Eroberungspläne sein dürften. Vom kritischen freigewerkschaftlichen Standpunkte bleibt dazu wenig zu bemerken, da unseren Lesern sicherlich manches lächerlich und phantastisch vorkommt. Nichtsdestoweniger:

Kollegen, seid wachsam und sorgt rechtzeitig dafür, daß den Hakenkreuzlern die Bäume nicht in den Himmel wachsen! Zeigt den Braunhemden, was es heißt, die in zähem jahrzehntelangem Gewerkschaftskampfe errungenen Positionen der Arbeiterschaft zu einem Spielball faschistischer Gelüste machen zu wollen.

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber: **„ . . . auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken."**

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau **energisch wahrgenommen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.**

Die Folgen des Lohnabbaues

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Berechnung angestellt über den Rückgang des Arbeitseinkommens im Jahre 1930. Danach ist das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt in diesem Jahre um etwa 4 Milliarden Mark gesunken. Dieser Rückgang ist entstanden durch die im Laufe dieses Jahres stark gestiegene Arbeitslosigkeit und durch die Senkung des Lohnniveaus. Der Abbau der Löhne und Gehälter hat sich bisher noch nicht in vollem Umfange ausgewirkt, weil der Generalangriff auf die Löhne erst Ende des Jahres eingesetzt hat, die Lohnsenkung erst im letzten Viertel des Jahres in Erscheinung tritt. Bei nur gleichbleibender Arbeitslosigkeit wird sich im nächsten Jahre der Rückgang des Arbeitseinkommens, wenn dazu auch noch die Gehaltskürzung der Beamten kommt, erst richtig bemerkbar machen. Die Folgen des Rückganges des Arbeitseinkommens sind ohne weiteres erklärlich. Es wird weniger gekauft, der Konsum geht zurück. Das Institut für Konjunkturforschung ist der Meinung, daß der mengenmäßige Kleinhandelsabsatz infolge dieser Schwächung des Arbeitseinkommens ganz erheblich zurückgegangen ist. Für Bekleidung soll der Rückgang 5 bis 6 Prozent, für Hausrat 7 bis 8 Prozent betragen. Dieser geringe Umsatz hat natürlich auf die Industrie übergegriffen, die zu neuen Arbeiterentlassungen geschritten ist. Eindeutiger kann der Beweis nicht erbracht werden, daß die Senkung der Löhne und Gehälter verhängnisvoll sich auswirkt. Dadurch werden bestehende Arbeitsmöglichkeiten verstopft, Entlassungen finden statt, die Arbeitslosigkeit wird größer. Angesichts dieser Tatsachen ist es höchste Zeit, daß mit dem Lohnabbau Schluß gemacht wird.

Auch über die Preisbewegungen macht das Institut einige bemerkenswerte Feststellungen. Der bisherige Preisrückgang sei weit hinter dem Lohnabbau zurückgeblieben. Während die Weltmarktpreise infolge der rücklaufenden Tendenz der Rohstoffpreise im Laufe des Jahres 1930 um etwa 25 Prozent gesunken seien, sind die deutschen Inlandspreise nur um 6 Prozent zurückgegangen. Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt den deutschen Preisrückgang noch sehr günstig. Sieht man sich den amtlichen Großhandelsindex an, so kommt man zu der Feststellung, daß der Rückgang bedeutend geringer ist. Aber selbst wenn diese Berechnung richtig ist, dann ergibt sich, daß die Preissenkung nicht mit der Lohnsenkung Schritt gehalten hat. Es steht einem Lohnabbau von 16 Prozent eine Preissenkung von 6 Prozent gegenüber. Der Rückgang des Gesamtarbeitseinkommens, wenn man das Arbeitseinkommen auf 40 Milliarden Mark beziffert, beträgt 10 Prozent. Es ist also weder so noch so eine der Senkung der Kaufkraft entsprechende Preissenkung eingetreten.

Reichsregierung und Unternehmertum gehen an das Problem der Konjunkturbelebung vom falschen Ende heran. Nicht vom Lohnabbau ist die Ankurbelung der Wirtschaft und die Wiederbelebung der Konjunktur zu erwarten. Jede Verringerung des Arbeitseinkommens vermindert die Kaufkraft. Jede Kaufkraftverminderung schwächt die Konjunktur ab. Es muß zur Stillegung von Produktionsstätten kommen, wenn die Kaufkraft geschwächt wird. Der Lohndruck hat daher die Möglichkeiten der Konjunkturbelebung erheblich eingeschränkt. Dagegen hätte eine im Sinne der Gewerkschaftsforderung gelegene Lohnsteigerung neue Belebungsmöglichkeiten erschlossen. Anstatt wir einen geradezu trostlosen Winter durchmachen, hätten wir jetzt eine niedrigere Arbeitslosenziffer gehabt und bessere Zukunftsaussichten hätten sich uns geboten.

Selbstfinanzierung gegen Arbeitslosigkeit

Beim Lesen dieser drei Worte wird sich wohl niemand darüber klar sein, was damit gemeint ist. Soll das heißen, daß sich jeder gegen Arbeitslosigkeit selbst finanzieren soll, oder ist darunter zu verstehen, daß sich die Wirtschaft selbst, also ohne fremde Hilfe, finanzieren soll, oder ist dieser abstrakte Satz noch anders auszulegen? Wir fanden diesen Satz als Ueberschrift im „Prager Tagblatt" und darunter einen Artikel, in dem nachgewiesen wird, daß die Arbeitslosigkeit auf recht einfache und leichte Art beseitigt werden kann. Rezepte, die dem gleichen Zweck dienen sollen, sind bisher schon in großer Anzahl geschrieben worden, nur hat sich bisher kein Apotheker gefunden, der diese Arznei der kranken Wirtschaft ausgefolgt hätte. Die Rezepte der bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker weisen nämlich alle den einen Mangel auf, sie schreiben die Bezahlung der Arznei jenen vor, die zahlungsunfähig sind. Der Verfasser will die Wirtschaftskrise beseitigen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Seiner Ansicht nach besteht der Widersinnn der kapitalistischen Krise darin, daß eine große Summe von Gütern auf der einen Seite und von Arbeitskraft auf der anderen Seite unverkäuflich ist, und daß diese beiden Summen einander genau entsprechen. Auf beiden Seiten wird das Einfrieren von Werten durch kartellmäßige Organisationen noch erweitert. Kartelle häufen lieber ungeheure Vorräte an, (?) ehe sie die Preise ermäßigen und die Kartelle der Arbeiter, die Gewerkschaften, lassen lieber die Menge unverkäuflicher Arbeitskraft weiter anschwellen, ehe sie mit ihren gebundenen Löhnen herabgehen. In dieser Formulierung der Ursachen der Wirtschaftskrise vermissen wir zweierlei, nämlich „Geist und Verantwortung". Der Verfasser jenes Artikels gibt eine überaus einfache und ganz abwegige Analyse der Wirtschaftskrise und schlägt ein wirklich für alle Kapitalisten vollkommen unschädliches Heilmittel vor. Er stellt sich vor, „der Staat müßte ermächtigt werden, einen Kredit in Form von Schatzanweisungen . . . aufzunehmen". Die Laufzeit dieser Anweisungen soll fünf Jahre betragen. Die Tilgung erfolgt in der Art, daß jedem der 2,5 Millionen Arbeitnehmer in der Tschechoslowakei durchschnittlich 2 Kronen vom Wochenverdienst abgezogen werden. In fünf Jahren wäre dann die Anleihe auf diese Art zurückgezahlt.

Wir müssen schon sagen, daß diese Problemlösung uns recht einfältig vorkommt. Bestände die Not der Wirtschaft wirklich nur aus den beiden angegebenen Komponenten, dann wäre die Lösung wahrhaftig nur eine mechanische Zahlenangelegenheit. Dazu brauchte man aber wahrhaftig nicht jedem Arbeitnehmer pro Woche 2 Kronen wegzunehmen, denn diesen Betrag könnten in fünf Jahren ebensogut die Unternehmer selbst aufbringen, was ihnen gar nicht so schwer fallen dürfte, wenn durch den Kredit Handel und Wandel wieder in Schwung kommt. Hätte der Verfasser des Artikels nur einen Augenblick über seinen leichtfertigen Plan nachgedacht, dann hätte er doch darauf kommen müssen, daß das, was man den Arbeitnehmern in Abzug bringt, im Konsum nicht mehr umgesetzt werden kann. Er aber will die Konsummöglichkeit im Inland durch Lohnkürzungen noch mehr einschränken. Die Folge würde das Gegenteil von dem sein, was damit erreicht werden soll.

Wir haben von diesem Aufsatz im „P. T." nur Notiz genommen, um aufzuzeigen, daß die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und die sogenannte Wirtschaftspresse noch immer nicht begriffen haben, daß die Wirtschaftskrise durch Lohnherabsetzung sich nicht beseitigen läßt. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte ganz gewaltig vermehrt, hat dabei ungeheure Profite erwirtschaftet und alles unterlassen, die Massen konsumfähig zu machen. Zur Ankurbelung der Produktion genügt heute nicht mehr schlechthin die Lohnkürzung, sondern vor allen Dingen sind notwendig Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung, damit die Massen der Bevölkerung beschäftigt und konsumfähig werden.

Betriebs- und Arbeiterräte!

beachtet, um euch und eure Kollegen vor Schaden zu bewahren, den § 32 des BRG. Er sagt:

„ein endgültiger Beschluß des Betriebsrats kann nur gefaßt werden, wenn alle Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind und die Zahl der Erschienenen mindestens die Hälfte der Betriebsratsmitglieder erreicht".

Stellvertretung nach § 40 ist zulässig. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Mitglieder und Stellvertreter gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Ueber jede Verhandlung des Betriebsrats ist nach § 33 des BRG. eine Niederschrift aufzunehmen, die mindestens den Wortlaut der Beschlüsse und die Stimmenmehrheit, mit der sie gefaßt sind, enthält und von dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen ist.

Der Fünfjahresplan in Rußland

Stalins Generallinie. — Ein phantastisches Experiment. — Tempo! Tempo! — Moderne Sklaven beim modernen Pyramidenbau.

Von Zeit zu Zeit kursieren wilde Gerüchte über oppositionelle Verschwörungen in Rußland, besonders in Moskau, über Meutereien innerhalb der Roten Armee, über Straßenkämpfe und Aufstände, über Verhaftungen von Generalen und hohen Beamten, sogar über Mordanschläge gegen Stalin. Diese Gerüchte entbehren großenteils jeder Grundlage und stammen fast immer aus russischen weißgardistischen Emigrantenkreisen, in denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist und die nichts heißer ersehnen als den Sturz der kommunistischen Staatsmacht mit der Wiederherstellung der alten reaktionären „Ordnung". Vorläufig müssen sie sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden, denn die Kommunisten sitzen noch fest im politischen Sattel, wohingegen sie aus dem wirtschaftlichen immer tiefer abrutschen.

Die russische Volkswirtschaft ist die Arena, in der um Stalins sogenannte Generallinie die wütendsten Kämpfe ausgefochten werden. Auf dieser Generallinie fußt der bekannte Fünfjahresplan, ein im voraus festgelegtes Wirtschaftsprogramm, wonach in dem Jahrfünft 1928/29—1932/33 aus Industrie und Landwirtschaft die höchstmögliche Produktionsleistung herausgeholt, so der Warenbedarf der gesamten Bevölkerung gedeckt und letztlich das ganze Land von ausländischer Warenzufuhr unabhängig gemacht werden soll. Auf dem Papier nimmt sich dieser Fünfjahresplan sehr gut aus, in der Praxis stößt er aber auf kaum überwindbare Schwierigkeiten. Das anbefohlene Tempo, das in äußerste Anspannung der Arbeitskraft ausgeartet ist, konnte bislang auf fast keinem Gebiete eingehalten werden. Um trotzdem das Tempo zu erreichen und die Arbeiter zur intensivsten Arbeit zu zwingen, hat der Oberste Wirtschaftsrat nicht nur die Freizügigkeit der Arbeiter völlig aufgehoben, sondern auch die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft. Außerdem kann der arbeitslose Arbeiter bestraft oder zwangsweise zu jeder Arbeit auch in andere Bezirke verschickt werden, der sich weigert, eine ihm vom Arbeitsamt nachgewiesene Arbeit auszuführen. Wenn er mutwillig seinen Arbeitsplatz verläßt oder gegen die Arbeitsordnung verstößt, wird er einem Fahnenflüchtigen gleichgesetzt und als solcher bestraft. Dadurch soll insbesondere die infolge des bedrohlichen Lebensmittelmangels verursachte Massenflucht der Industriearbeiter aufs Land unterbunden werden. Die zwei die Arbeiterschaft äußerst empfindlich schädigenden Gesetze gegen die Freizügigkeit und die Arbeitslosenunterstützung werden jedoch von den deutschen Kommunisten schamhaft verschwiegen. Sie haben allen Grund dazu.

Unter Trotzki war der Bauer noch Herr seiner Scholle. Er durfte sein Besitztum selbst bewirtschaften, wurde aber mit Steuern dermaßen ausgepumpt, daß ihm bald die Puste ausging. Das nannte man Kampf gegen den Kulak, d. h. den wohlhabenden Bauer. Der Kulak mußte die Kosten der gewaltsam forcierten Industrialisierung aufbringen. Sein Geld wurde den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, den Bergwerken, den metallverarbeitenden Werken, der Energieversorgung zugeleitet. Als dieses einfache Verfahren nicht die gewünschten Erfolge brachte, wurde die Kollektivwirtschaft anbefohlen, d. h. die Bauernhöfe einer Gemeinde wurden zwangsweise zusammengelegt und als Wirtschaftseinheit von den Einwohnern einschließlich der früheren Hofbesitzer gemeinsam bewirtschaftet. Auf diese Weise wurden bisher nach Angaben des Reichspräsidenten Kalinin 42 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Besitztums kollektivisiert. Mit der Einführung der Kollektive ergab sich aber die äußerst unangenehme Schwierigkeit, daß der Staat dieser Wirtschaftsform mit gewaltigen Zubußen auf die Beine helfen mußte, weil die kollektive (gemeinsame) Bewirtschaftung noch lange nicht die Erträgnisse einbrachte wie vordem die individuelle (einzelpersönliche). Während nämlich im ersten Jahre des Fünfjahresplans den Bauern noch drei Milliarden Rubel weggesteuert und der Industrie zugeleitet werden konnten, erforderte die Kollektive im zweiten Jahre schon zwei Milliarden Rubel staatlicher Zubuße. Das war allerdings ein zu großes Loch in Stalins Rechnung. Womit sollte nun dieses Loch zugestopft werden, da vom Bauer nichts mehr zu holen war? Mit welchen Mitteln sollte nunmehr der Wirtschaftsplan fortgeführt werden? Inflation und Dumping sollten Rettung bringen. Für den Ausbau der Industrie wurde eine innere Anleihe aufgelegt, die gewaltige Mittel erbringen sollte. Im ganzen Lande, überall, bei jeder Gelegenheit, im Laden, in Fabrik und Werkstatt, im Klub und in Versammlung, bei jeder Lohnzahlung wird die Werbetrommel für die Anleihe gerührt. Da die erforderlichen Milliarden noch lange nicht überzeichnet sind, wurde die Notenpresse in Bewegung gesetzt. Allein im letzten Jahre wurde der Notenumlauf entgegen der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Menge um das Fünfeinhalbfache vermehrt. Infolgedessen herrscht gegenwärtig eine so bedrohliche Aufblähung der Währung, daß die Warenpreise fortwährend steigen und in demselben Maße die Kaufkraft des Lohnes sinkt. Daher die Ernährungsschwierigkeiten, daher auch die wirtschaftlichen Explosionen im Lande, die durch militärische und polizeiliche Strafexpeditionen gegen die „begeisterten Massen" erstickt werden!

Um nun einen Sündenbock für den Mißerfolg des Fünfjahresplans zu haben, verfiel man auf eine grandiose Idee: die Spezialisten, d. h. die Techniker und Ingenieure sind daran schuld! Aus Tausenden fischte man einige heraus, denen man dann den Prozeß machte mit der Anklage, eine sogenannte Industriepartei gegründet zu haben, die die Aufgabe hatte, den Fünfjahresplan mit Unterstützung auswärtiger Regierungen und der aus Rußland geflüchteten Kapitalisten zu sabotieren und so durch wirtschaftliche Schwierigkeiten die Sowjetmacht zu stürzen. An diesen Angeklagten müßte jeder Staatsanwalt die hellste Freude haben, denn in stundenlangen wohlgesetzten Reden vor dem im Gerichtssaal aufgestellten Mikrophon schmetterten die angeklagten Ingenieure ihre Selbstbezichtigungen und Schuldbekenntnisse ins Land, um so im entferntesten Winkel das murrende Volk zu überzeugen, wer eigentlich das wirtschaftliche Elend verschuldet hat. Der gewollte Zweck wurde solcherart erreicht: ein heilloser Spektakel gegen die geständigen Angeklagten hub an, die Empörung wurde auf die mit dem kapitalistischen Ausland verbündeten, zum Tode verurteilten und dann begnadigten Schädlinge abgelenkt.

Wie schon erwähnt, ist das Dumping ein weiteres Mittel zur Finanzierung des Fünfjahresplans. Rußland braucht Geld, viel Geld. Da seine Währung an Wassersucht leidet, geht es ins Ausland auf die Geldsuche. Dort kann es keine Anleihe unterbringen, es bekommt höchstens kurzfristige Warenkredite, darum verkauft es dort seine Erzeugnisse unter Weltmarktpreisen. Gummischuhe, Tischlerleim, Linoleum, Holz, Baumwollprodukte, Erdöl, Zündhölzer und andere Erzeugnisse der Sowjetunion sind schon in fast alle Länder eingedrungen. Sie werden gekauft, eben weil sie bedeutend billiger sind. Wieso kann aber Rußlands Industrie mit solch niedrigen Preisen gegen die Weltmarktpreise anrennen? Der Absatz auf dem Weltmarkt bringt der russischen Industrie keinen Gewinn, denn eben um diesen Gewinn, der die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen einnimmt, ist ihre Ware billiger. Das aber kann nicht als Erklärung der Billigkeit gelten. Vielmehr muß hier als einzig gültige Erklärung die Tatsache herausgestellt werden, daß die sowjetrussische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist. Für einen Jammerlohn schuftet der russische Arbeiter und Bauer, die Früchte seiner Arbeit wandern ins kapitalistische Ausland zur Anschaffung kostspieliger Maschinen und Fabrikanlagen, zur Bezahlung ausländischer Ingenieure und qualifizierter Facharbeiter, an denen in Rußland ein gewaltiger Mangel ist und die gut bezahlt werden müssen, wenn sie der russischen Wirtschaft nicht wieder den Rücken kehren sollen.

So ist also das Elend, die Ausbeutung der heutigen Generation die Grundlage des Fünfjahresplans. Die heute lebende Bevölkerung soll geopfert werden, damit etwa spätere Geschlechter glücklicher, ohne materielle Sorgen leben können. Deshalb auch muß der fünfjährige Wirtschaftsplan restlos durchgeführt werden, koste es, was es wolle! Deshalb auch müssen die industriellen Giganten, die gewaltigen Fabriken, die Kraftwerke, zur Elektrifizierung des Riesenreiches, die Kollektivwirtschaften ihre letztmögliche Leistung hergeben! Wie einst die Sklaven beim Pyramidenbau, so müssen heute die russischen Arbeiter, mit modernen Mitteln angetrieben, die Pyramiden des Fünfjahresplans aus dem Boden stampfen. Wird der Plan gelingen? Wir wünschen es, wenn auch dies Gelingen mit der Aufhebung der Freizügigkeit, mit der Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung und anderer Errungenschaften der Revolution verbunden ist. Wenn nämlich das phantastische Experiment des Fünfjahresplans gelingt, dann wird es eine unerschöpfliche Fundgrube für alle Wirtschafter und Techniker sein.

Viktor Kalinowski.

Die Zahlstellen-Versammlungen

in denen die Funktionäre Bericht erstatten über ihre Tätigkeit, die dann von den Versammelten kritisch oder lobend gewertet wird, finden allgemein im Januar statt. Auch die Neuwahlen zu den Funktionen gehen in diesen Jahres-Hauptversammlungen vor sich. Soweit die Schriftführer die Absicht haben, über den Inhalt der Zahlstellenversammlungen einen Bericht für den „Steinarbeiter" zu liefern, äußert die Redaktion einige Wünsche, die bei Abfassung der Berichte beachtet werden möchten.

1. Berichte nur über örtliche Versammlungen, wenn sie für die Allgemeinheit der Kollegen von Bedeutung sind.
2. Beschreibe nur eine Seite des Manuskripts. aber immer nur mit Tinte. Nehme nicht zu große Bogen. Keine engen Zeilen.
3. Schreibe deutlich, besonders Orts- und Personennamen. Schreibe nie „gestern" oder „morgen", sondern immer das Datum.
4. Schreibe in dem Bericht nicht deine eigene Meinung nieder, sondern die der Versammelten. Schreibe auch nichts im Bericht, was dem Ansehen der organisierten Arbeiter nicht dient.
5. Versammlungs-Berichte, in denen nur das Resultat der Neuwahlen steht, der örtliche Kassenbestand vermerkt ist und die Entlastung oder „Decharge erteilt" hervorgehoben wird, eignen sich nicht zum Abdruck, nehmen der Redaktion Raum weg, kosten nur unnützes Porto und sind überflüssige Schreibarbeit.
6. Neuwahlen der Hauptfunktionäre, soweit daraus eine Aenderung entspringt, werden unter Adressenänderung bekanntgegeben. Deshalb ist also kein Bericht notwendig.
7. Wenn schon ein Bericht, dann immer knapp und präzise abgefaßt, solche lesen sich nicht nur besser, sondern werden gern gelesen und erleichtern dem Redakteur seine Korrekturarbeit. Auf Schönschreiben kommt es weniger an, sondern auf Schriftdeutlichkeit und Satzklarheit. Keine Fremdwörter!
8. Wichtige Berichte werden möglichst sofort gesandt. Berichte, die erst 2 oder gar 4 Wochen nach der Versammlung eingehen, sind ganz selten noch wichtig, haben meistens ihren Zweck verfehlt.
9. Bemerkungen zu dem örtlichen Bericht für den Redakteur z. B.: „Nichts streichen" oder „Nichts ändern" oder „Sofort veröffentlichen", sind unangebracht. Das erstere und zweite geschieht in der Redaktion nicht aus Vergnügen, sondern erfolgt sehr oft im Interesse der Schriftführer, und manchmal gebieten taktische Rücksichten oder andere Notwendigkeiten so zu verfahren. Damit muß ein Schriftführer sich abfinden. Die Veröffentlichung erfolgt nach der Reihe; wenn nicht ganz besondere Gründe gebieten, den Bericht sofort vor allen anderen zu bringen. Wegen alledem kann man den Redakteur angrobsen, das ist erlaubt.

In den Jahres-Hauptversammlungen muß auch geprüft werden, ob in der Zahlstelle die Verteilung des „Steinarbeiter" klappt. Am Sonnabend jeder Woche muß jeder Kollege im Besitz seiner Verbandszeitung sein. Wo etwa Schwierigkeiten in dieser Beziehung sind, teile man das der Redaktion mit, damit Abhilfe geschaffen wird. Ueber den Inhalt der Zeitung schimpfe man nicht, sondern denke daran, daß nicht alle Leser einer Meinung sind, was dem einen gefällt, paßt dem anderen nicht. Will man eine berufliche oder gewerkschaftliche Frage von allgemeinem Interesse behandelt haben, schreibe man an die Redaktion oder tue es schließlich selber.

*

Die Kassengeschäfte und die Tätigkeit des Vorsitzenden in den Zahlstellen sind die wichtigsten Funktionen. Man mache diesen Kollegen durch unberechtigte Kritik nicht das Leben sauer. Heute Kassierer sein bei der mangelhaften örtlichen Einnahme und dabei zusehen, wie der örtliche Bestand immer mehr zusammenschmilzt, macht viele Kassierer nervös, so daß sie manchmal sehr froh sind, ihre undankbare Funktion abgeben zu können. Umsichtige Vorsitzende, genaue Kassierer, schnüffelige Revisoren, präzise Schriftführer wählt man immer wieder, auch wenn sie versuchen, abzuwinken. Wenn die Versammelten versprechen, mehr wie bisher ihre Funktionäre zu unterstützen, dann werden diese auch seltener amtsmüde und arbeiten mit noch größerer Freude für die Allgemeinheit der Kollegen.

Not im Steinarbeiterdorf

Im allgemeinen pflegen Verwaltungsberichte von Behörden sich in der Aufzählung von amtlichen Begebenheiten oder von Statistiken zu erschöpfen. Gar leicht verlieren sich etwaige Zustandsschilderungen in der Darstellung dessen, was eine wohlweise Behörde dem nachgeordneten Staatsbürger Fürsorgliches auf unterschiedlichem Gebiete leistet. Ein wirkliches Eingehen auf die sozialen Nöte des betreffenden Volksteils wird nur recht selten vorgenommen. Und dennoch wäre, wenn hierbei mit dem nötigen sozialen Verständnis richtig in die Tiefe der Dinge eingedrungen würde, manch wertvolle Unterlage in sozialer Hinsicht zu gewinnen und der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Eine rühmenswerte Ausnahme von der landläufigen Art amtlicher Berichterstattung macht der Verwaltungsbericht, den der Landkreis Trier, der zweitgrößte Kreis Preußens, unlängst herausgegeben hat. Darin verbreitet sich nämlich Kreisarzt Dr. Cyromka, Mariahütte, über die Gesundheitsverhältnisse im Hochwaldgebiet des Landkreises Trier. Der Verfasser verschmäht es, trockene Statistiken zu geben, ebenso unterläßt er die sattsam bekannte Schönfärberei und das nicht minder bequeme Vorbeisehen an den Dingen, wie sie wirklich sind. Statt dessen entrollt sich vor unseren Augen ein Stück sozialhygienischen Lebens aus jenem Höhengebiet von wahrhaft erschütterndem Ausmaße. Man erlebt die Tragik eines Volksteils mit, dem die karge Scholle nur allzu dürftige Lebensbedingungen bietet.

Was aber in jener Schilderung gerade die Steinarbeiter angeht, mag hier wiedergegeben werden. Es heißt dort:

„Wäre das Essen, das die Kinder bekommen, qualitativ wenigstens genügend, dann würde man nicht bei den Schuluntersuchungen, besonders unter den Schulrekruten, so zahlreiche unterernährte Kinder sehen. Ganz besonders auffallend viel Kinder, die unterernährt, im Wachstum erheblich zurückgeblieben sind, Reste der überstandenen englischen Krankheit an ihrem Knochensystem aufweisen, dazu einen „Kartoffelbauch" besitzen, der von mageren Aermchen und Beinen in geradezu grotesker Form sich abhebt, sieht man in den entlegenen Hochwalddörfern Thomm und besonders Heidenburg und anderen. Vor allem in Thomm ist die Armut der in den Steinbrüchen arbeitenden Leute erschreckend groß."

Wie manches Seitenstück aus anderen Steinarbeiterdörfern wäre noch hierzu anzuführen — freilich, sehr wenig dringt davon an die Oeffentlichkeit, namentlich nicht bei Tarifverhandlungen, wenn gegen die „hohen Löhne" angegangen wird.

Die Abbruchgefahr in Steinbrüchen

Die Zusammenstellung wichtiger Arbeiterschutzfragen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten (herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium) bringt folgende bemerkenswerte Ausführungen über die besondere Abbruchgefahr in Steinbrüchen:

Die außerordentliche Gefährdung der Arbeiter in Steinbrüchen verlangt die strenge Einhaltung der Abbauvorschriften. Es mußte immer wieder darauf gedrängt werden, daß die Wände ordnungsgemäß abgeböscht und von loshängenden Schalen und Felsstücken befreit werden. Selbst bei aller Vorsicht lassen sich hier Unfälle leider nicht immer vermeiden.

In einem Schottersteinbruch löste sich nach einem starken Regen loses Geröll und tötete einen darunter beschäftigten Arbeiter und verletzte einen weiteren schwer. Nachgewiesen ist, daß die Putzarbeit an der Wand nur einmal, und zwar nach dem Schießen 8 bis 10 Tage vorher vorgenommen wurde, während in der Zwischenzeit die Wand nicht mehr untersucht wurde.

In einem großen Porphyr-Steinbruch stürzten etwa 20 Kubikmeter Felswand ein und töteten den am Fuße der Wand beschäftigten Schießmeister. Von dem Putzkommando, das in diesem Betrieb tätig ist und das kurz vorher die Wand besichtigte, wurde der schlechte Zustand nicht erkannt. Es ist festgestellt, daß der untere Abgang des abgestürzten Felsens schräg von innen nach außen verlief und außerdem die Wand an eine sogenannte Schmierlasse angelehnt war.

In einem Steinbruchbetrieb wurden auf einer 40 Meter hohen Abstufung an der Bruchwand Bohrlöcher zum Sprengen von Freisteinen hergestellt. Ein Arbeiter wollte gleichzeitig auf der Bruchsohle unmittelbar unterhalb der oberen Arbeitsstelle Gesteinsbohrungen vornehmen. Wegen der Gefahr des Steinfalles wurde der Arbeiter von dem Bruchmeister an eine ungefährdete Arbeitsstelle verwiesen. Der Arbeiter weigerte sich jedoch, dieser Anordnung nachzukommen. Der Bruchmeister, der die Gefahr erkannte, entriß darauf dem widerspenstigen Arbeiter den Bohrhammer und verbrachte ihn auf die von ihm bezeichnete geschützte Arbeitsstelle. Nach kurzer Tätigkeit an dieser Stelle ging der Arbeiter in Abwesenheit des Bruchmeisters wieder auf die im Gefahrenbereich liegende Arbeitsstelle zurück, um die dort begonnene Arbeit fortzusetzen. Bei Vornahme dieser von dem Bruchmeister ausdrücklich verbotenen Arbeiten wurde der Arbeiter durch einen plötzlich abstürzenden Felsblock tödlich verletzt.

*

Königsberg Pr. Am 7. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine Bezirkskonferenz statt, zu der 16 Zahlstellen Delegierte entsandt hatten. 9 Zahlstellen machten von ihrem Delegationsrecht keinen Gebrauch, weil die Lokalkassen infolge der Arbeitslosigkeit der Mitglieder keine Bestände mehr aufweisen. Die Tagesordnung behandelte: Wirtschaftskrise, ihre Auswirkung, Organisationsstand, Wahl der Bezirksleitung, Verschiedenes. Die Konferenz leitete Kollege Jakob. Der Bezirksleiter, Kollege Casper, behandelte den ersten Punkt und gab einen umfangreichen Bericht auch über seine Tätigkeit. Sein Vortrag klang aus zu eingehender Mitarbeit der Kollegen an den einzelnen Orten für den Verband. In der Aussprache wurde von den Danziger Delegierten wiederholt auf die Notwendigkeit eines Angestellten in Danzig verwiesen. Leider habe der Verbandsvorstand das abgelehnt, obgleich für Danzig ganz besondere Verhältnisse in Frage kommen. Ein Anschluß Danzigs an eine andere Gewerkschaft mit Angestellten werde erwogen. Die Kollegen von Marienburg, Insterburg, Marienwerder, Elbing und Stallupönen äußerten dazu ihre Meinung, und können sich unter den heutigen Verhältnissen nicht für eine Anstellung in Danzig begeistern, erst wenn der Nachweis erbracht werde, daß der jetzige Bezirksleiter in Danzig, wegen der besonderen gesetzlichen Lage nichts ausrichten kann, wäre die Frage nochmals zu prüfen. Die Delegierten fanden zum Teil scharfe Worte über die Zersetzungsarbeit der KPD mit ihrer RGO. Die Debatte stand im Zeichen rühriger Gewerkschaftsarbeit und Treue für den Verband. — Die Wiederwahl der Kollegen Casper als Bezirksleiter, erfolgte einstimmig. Im „Verschiedenen" kamen die Verhältnisse in den einzelnen Orten zur Sprache. Die Notlage der Lokalkassen, die Agitation anderer Gewerkschaften in den Steinarbeiterkreisen usw. Der Kollege Casper versprach in Verbindung mit dem Verbandsvorstand die Mängel abzustellen, soweit es seine Kräfte vermögen. Auch soll mit der Steinsetzer-Innung in Marienburg eine Besprechung stattfinden, um die Auffassung über gelernte und ungelernte Steinsetzer zu klären, Der Kollege Jakob schloß dann die Konferenz mit mahnenden Worten zur Einigkeit. Das letztere habe die Arbeiterschaft noch nie so nötig gehabt wie gegenwärtig.

Lauterbach. Durch die Notverordnung wurde manchem Kollegen die Krisen-Unterstützung reduziert. Auch in Maar, wo 22 Steinarbeiter sind, die der Zahlstelle Lauterbach angehören, wurde den Kollegen, die einen kleinen Landbesitz haben, die Unterstützung reduziert. Den Betreffenden war das nicht klar. Um Aufklärung zu schaffen, sprach Bezirksleiter Kollege Horn in einer Versammlung am 19. 12. 30 in Maar über die Richtlinien der Krisenunterstützung. Nachdem er sein Referat beendet hatte, konnte er manchem Kollegen raten, Einspruch beim Spruchausschuß in Gießen einzulegen. Die Anwesenden wissen, daß Kollege Horn sie zu ihrem Recht verhilft und die zurückbehaltene Unterstützung nachbezahlt wird. So soll es auch sein, denn Vertrauen ist bitter not, wenn positiv gearbeitet werden soll. Der Bezirksleiter gab dann noch der Versammlung zu verstehen: Die gegebene Situation verpflichtet zu unermüdlicher Aufklärungs- und Werbearbeit. Trotz Feinden ringsum müssen auch die noch Abseitsstehenden erkennen, daß Arbeit die Quelle allen kulturellen Aufstiegs ist und deshalb den Schaffenden die Macht in der Gesellschaft zusteht. Die Arbeiterklasse bildet die Grundlage der Gesellschaft. Klassenbewußte Proletarier jammern nicht, sondern wahren und erkämpfen sich ihr Recht durch Zusammenschluß in der gesetzlich anerkannten gewerkschaftlichen Organisation. Doch Mut und Vertrauen zu sich selbst ist die Vorbedingung in der Verteidigung wie im Angriff. Die hohe Aufgabe jedes einzelnen ist nicht zu suchen in nebelhafter Ferne, sondern in dem, was täglich vor uns liegt.

Völkershausen. Am 14. Dezember tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung, zu der Kollege Neumüller vom Zentralvorstand gewonnen war, der über „Die wirtschaftliche Lage und Verband" ein Referat hielt. Erschienen waren die Kollegen der Zahlstelle Völkershausen, sowie Kollegen aus Sünna und Wölferbütt. Sehr eingehend streifte der Redner unsere gegenwärtige Lage und betonte, wie schwierig es heute sei, die Interessen der Kollegen gegenüber den Unternehmern zu wahren. Dann gab er einen Einblick in die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, und mancher Kollege hat doch begriffen, daß dieser ihm sehr nahesteht. Voraussetzung bei aller Arbeitsleistung im Verbandsvorstand ist völliges Vertrauen der Mitglieder. Die Versammelten waren mit den Ausführungen einverstanden. Es erfolgte dann die Klärung einiger Rechtsfragen. Als der Vorsitzende die Versammlung schloß, waren sicher die Versammlungsbesucher in gewerkschaftlicher Hinsicht gestärkt, und wohl alle haben von der anregenden Versammlung den besten Eindruck mitgenommen.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In **Dobrilugk** versucht der Inhaber des Schleifereibetriebes, Herr Koppe, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. — Von dort fernbleiben!

*

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht versäumt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatlichen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

*

Zur Beachtung! Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Seussen. Am 20. Dezember hielt unsere Zahlstelle in der Konradschen Wirtschaft zu Röthenbach ihre Monatsversammlung ab. Vorsitzender Kießling begrüßte die Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt, die ohne Einspruch genehmigt wurde. Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntnis, daß die Angelegenheit zweier Kollegen zufriedenstellend erledigt ist. Um den noch im Streik befindlichen Kollegen von Niederlanitz auch eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu können, wurde beschlossen, 50 Mark zu spenden. Ein Schreiben des Hauptvorstandes über Sonderunterstützung wurde zur Kenntnis genommen. Von der Konferenz in Hof wurde eingehend Bericht von den Kollegen Kießling und Tröger gegeben. Die Diskussion war temperamentvoll und wurde verschiedenes scharf verurteilt. Besonders der Artikel über den Ausgang der Bewegung, denn er sei nicht richtig gewesen; verurteilt wurde auch die Erklärung von unserem Vertreter vor dem Schlichter. Scharfe Kritik richtete sich gegen die Gauleitung. Unter Punkt Verschiedenes wurden die Mitglieder Gebhard Kaßeker, Adolf Metchner, Zecher, Ludwig Henschmann und Hans Grieshammer wegen Vergehens gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze aus dem Verband ausgeschlossen. Nach einigen Erläuterungen konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Leipzig. Landeskonferenz der Steinsetzer usw. am 14. Dezember 1930. Tagesordnung: 1. Wirtschaftslage. 2. Stellungnahme zum ablaufenden Tarifvertrag. 3. Wahl der Schlichtungskommission. 4. Gewerkschaftliches. — Die Tagesordnung wurde durch Antrag umgestellt, und der erste Punkt als vierter behandelt. Da Kollege H. Linke verhindert war, an der Landeskonferenz teilzunehmen, wurde von ihm Gauleiter Piefke mit dem Vortrag „Wirtschaftslage" beauftragt. Im übrigen leitete der Gauleiter die Konferenz, der auch im 2. Punkt den Vortrag hielt und darauf hinwies, daß im Zeichen der Krise die Unternehmer alles versuchen werden, einen Lohnabbau vorzunehmen. Leider mußten wir erfahren, daß in einzelnen Bezirken des Landes unsere Kollegen schon im Jahre 1929 und auch 1930 mit den Unternehmern Sonderabmachungen getroffen haben, um ihre Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung zu erlangen. Von allen Delegierten der Landeskonferenz wurde eine derartige Maßnahme sehr verurteilt, da gegebenenfalls die Unternehmer davon erheblichen Gebrauch machen. Im Frühjahr laufen im ganzen Reich die Tarifverträge ab. Die Unternehmer haben bereits beschlossen, einen Lohnabbau vorzunehmen, wie das schon in anderen Berufen der Fall ist. Einem Teil der Großunternehmer war es möglich, durch Anschaffung neuer Maschinen der Einführung der schwarzen Konkurrenz die Bahn frei zu machen, auch ist die Zahl der Unternehmer gestiegen und wir denken gar nicht daran, uns einen Lohnabbau gefallen zu lassen. Zwischen Saison- und Fabrikarbeitern muß unbedingt ein Unterschied gemacht werden. Hierzu erhalten wir an Hand von statistischem Material durch Kollegen Krippendorf, Dresden, einen ausführlichen Bericht. Wir müssen versuchen, unseren Beruf wieder auf gesunde Grundlagen zu bringen. Dazu ist es notwendig, daß alle unsere Kollegen wieder in den Arbeitsprozeß hineingebracht werden. Die Kollegen der Filiale Dresden beantragen, „daß am 31. Dezember 1930 jeder Tarifvertrag gekündigt wird, und fordern die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, sowie Abschaffung des Akkords".

Der Antrag wurde von der Konferenz angenommen. Es ist bekannt, daß wir eine derartige Krise in unserem Beruf noch nicht durchgemacht haben. Wie sich in unserem Beruf bereits die neuzeitliche Straßenbefestigung ausgewirkt hat, ergibt zum großen Teil der Bericht der Bezirkskonferent in Leipzig, der vor einigen Wochen an dieser Stelle veröffentlicht wurde. Als einziges Mittel, unsere Notlage einigermaßen zu bessern, haben wir unsere Tarifverträge. Das wissen auch die Unternehmer, demzufolge haben sie die Tarifverträge im ganzen Land gekündigt. Die Delegierten der Landeskonferenz sind sich darüber im klaren, daß ein harter Kampf bevorsteht, der alle Kollegen bereit finden muß. Bei der Wahl der Schlichtungskommission entwickelt sich eine lebhafte Aussprache. Die Unternehmer lehnen es ab, ein Genossenschaftsmitglied der Filiale Dresden als Beisitzer in der Schlichtungskommission anzuerkennen. Leider war es nicht möglich, in dieser Frage eine Lösung zustande zu bringen. Die Dresdner Kollegen müßten noch einmal mit ihren örtlichen Mitgliedern darüber Rücksprache nehmen. Das Resultat soll dann der Gauleitung mitgeteilt werden. An Stelle des bisherigen Beisitzers von Chemnitz wird der Kollege Cuno Freund gewählt. Als Ersatzmann Kollege Rebicher. Alle übrigen Beisitzer bleiben in ihrer Funktion: Unter „Gewerkschaftliches" beschäftigte sich die Konferenz zunächst mit der Lehrlingsfrage. Auf Grund der neuen Richtlinien ist festzustellen, daß die Zahl der Lehrlinge erheblich zurückgegangen ist. Leider muß festgestellt werden, daß in einzelnen Filialen noch alte Lehrverträge im Umlauf sind. Die darin enthaltenen Bestimmungen entsprechen nicht den neuen Richtlinien. Da sich hieraus schon mehrfach Unregelmäßigkeiten ergeben haben, werden die Filialen aufgefordert, mit Hilfe der Innung Abhilfe zu schaffen. Es ist bedauerlich, daß die Filiale Dresden noch keinen Gesellenausschuß aufweisen kann. Die Konferenz erwartet, im Hinblick auf die Wichtigkeit der Lehrlingsfrage, daß das Versäumte recht bald nachgeholt wird. Ferner muß wieder die Frage der Bezahlung der Landesrechnung behandelt werden. Bisher waren die Filialen selbst verpflichtet, wie es das Statut vorschreibt. Die Delegierten werden aufgefordert, diesbezügliche Verträge beim nächsten Verbandstag einzubringen. Die Einführung von Bezirkskassen wird abgelehnt. Wegen vorgerückter Zeit war es nicht mehr möglich, den ersten Punkt noch zu behandeln.

Rammelsbach. Im staatlichen Steinbruchsbetriebe wurden einem Teil Arbeiter zum 30. November 1930 die Akkordsätze gekündigt. Dagegen wurde Einspruch erhoben, weil die Kündigung zu Unrecht erfolgte und der tariflichen Rechtsgrundlage widerspricht. Zwei Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Direktion konnten eine Einigung nicht erzielen. Die Betriebsleitung hat dann, trotzdem sie weiß, daß ihr Vorgehen unberechtigt ist, den Kollegen ab 16. November 1930 die Akkordsätze bis zu 12 Prozent herabgesetzt. Der bestehende Bezirkslohntarif wurde ab 1. April 1930 bis 31. März 1931 abgeschlossen und ist erst erstmalig einen Monat vor Ablauf kündbar. Auf Grund des Bezirkslohntarifs sind auch die Stücklohnsätze sowie alle übrigen Akkordsätze schriftlich festgelegt. Diese Vereinbarung schließt jede willkürliche Herabsetzung der Akkordpreise in der Zeit ihrer Laufdauer aus. So ist die Rechtslage!

Das alte Kampfmittel der Kündigung für die in Frage kommenden Arbeiter wurde ebenfalls angewandt, doch vor Ablauf der Frist wieder zurückgenommen. Damit ist allerdings die Differenz über die Akkordpreise noch nicht erledigt, und scheint die Betriebsleitung es auf einen Lohnkampf abgesehen zu haben. Zumal der Direktor erklärt haben soll, daß er mit allen Mitteln sein Ziel erreichen will. Allem Anschein nach spielt hier auch die zum 31. März 1931 ablaufende Pachtzeit des großen Steinbruches, der der Gemeinde Rammelsbach gehört, sehr mit. Die Gemeindeangehörigen sind zu 90 Prozent Steinarbeiter, die nebst den Kleingewerbetreibenden und kleinen Landwirten in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf die Steinbruchsarbeit in der Gemeinde angewiesen sind oder davon abhängen. Ueber 200 Arbeitslose und eine große Zahl Wohlfahrtsunterstützungsempfänger hat bereits die Gemeinde. Wenn nun die Maßnahmen der Betriebsdirektion zu keiner Verständigung und Einsicht führen, dann wird die Stimmung nicht nur der Steinarbeiter, sondern auch aller Gemeindeangehörigen sicherlich gegen die Leitung des staatlichen Steinbruchbetriebes noch mehr verschärft, wie sie sowieso schon ist.

Rundschau

Volles Vertrauen. Jemand beabsichtigte, eine Lebensversicherung abzuschließen. Da es aber in dem Gebälk der deutschen Privatversicherung hie und da gekracht hatte, wollte er sich zunächst eingehend informieren. Schließlich hatte er sich für die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge entschieden. Er wandte sich an eine private Auskunftei, um Aufklärung über die Volksfürsorge zu erhalten. In der Antwort dieser Auskunftei heißt es u. a.:

„Die Volksfürsorge hat sich im Laufe der Jahre günstig entwickelt. Die Versicherungsnehmer sind vorwiegend Mitglieder der Konsumvereine und freien Gewerkschaften in ganz Deutschland. Das Aktienkapital ist zur Hälfte von den Gewerkschaften und zur Hälfte von den Genossenschaften aufgebracht. Die Aktien werden an der Börse nicht gehandelt; sie befinden sich im Besitz der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften und der Gewerkschaften. Der Ueberschuß wird im Interesse der Versicherten verwandt.

Das Unternehmen wird in umsichtiger Weise geleitet. Nach Ansicht der Gewährsleute ist das Unternehmen rentabel und genießt volles Vertrauen."

Aus anderen Organisationen. Resolution: „Das Exekutivkomitee der Internationalen Föderation der Keramarbeiter nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit des internationalen Sekretärs in der Frage der Staubkrankheiten als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten. Insbesondere begrüßen die Vertreter der einzelnen Länder die Zusammenarbeit der Internationale der Steinarbeiter, Bergarbeiter und Keramarbeiter in dieser Frage. Das Exekutivkomitee wünscht ferner, daß unter Berufung auf das Resultat der Silicosekonferenz 1930 in Johannisburg das Internationale Arbeitsamt den angeschlossenen Regierungen empfiehlt, soweit die Staublunge noch nicht als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt ist, in diesen Ländern die Entschädigungspflicht durchzuführen, ohne Rücksicht auf die von der Konferenz in Johannisburg verlangten weitern Untersuchungen, die wissenschaftlichen Zwecken dienen sollen.

In den Ländern, wo nur einzelne Berufszweige der Keramindustrie unterstellt sind, sollen alle gefährdeten Berufe von der Entschädigungspflicht erfaßt werden. Zur Verhütung von Stauberkrankungen sind die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Durch regelmäßige Untersuchungen sollen gefährdete, für die Erkrankung an Staublungen disponierte Arbeiter rechtzeitig aus den Betrieben entfernt werden. Diesen Arbeitern ist bis zur Erlangung eines andern Berufes und bei Abgang in einen geringer entlohnten Beruf eine Übergangsrente zu gewähren, wie es in der deutschen Verordnung vorgesehen ist. In den Betrieben müssen Einrichtungen durchgeführt werden, die geeignet sind, die Staubgefährdung der Arbeiter zu beseitigen oder auf ein Minimum herabzudrücken.

Der Sklavenstaat Sowjetrußland. Das heutige Rußland wird für immer den traurigen Ruhm behalten, das industrielle Sklaventum am vollkommensten ausgebildet zu haben. Neben den vielen Schikanen und Bedrückungen, denen die Arbeiter und Bauern dortselbst ausgesetzt sind, ist eine neue Versklavung durch ein Dekret der obersten Sowjetbehörde eingeleitet worden. Zwecks Erhöhung der Arbeitsleistung erließ das Arbeitskommissariat eine neue Verordnung, durch die strengste Disziplin in der Arbeitstätigkeit erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin in den Fabriken verletzen, werden künftig fristlos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen 6 Monate in keinem andern Betriebe beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin in böser Absicht geschieht, werden die Arbeiter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Falls ein Arbeiter die Betriebsleitung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnzahlung. Diese furchtbare Verordnung ergänzt die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet und wurde angeblich erlassen, um die möglichste Beschleunigung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplanes durchzuführen. Und dies alles nennt sich Diktatur des Proletariats und soll angeblich dem Aufbau des Sozialismus dienen. Für eine solche Art Sozialismus würden sich die deutschen und die übrigen europäischen Arbeiter bestens bedanken. Nur die Russen lassen sich eine solche menschenunwürdige Sklaverei gefallen. Man könnte den Sowjetschwärmern hierzulande nur wünschen, daß sie dazu verurteilt sein würden, in diesem Zuchthausstaate zu arbeiten.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Am 9. Januar in Berlin, Steinsetzer usw. um 19 Uhr, Brunnensäle, Brunnenstraße 15.

Am 11. Januar 1931 in Landsberg a. d. Warthe um 8½ Uhr bei Zimmermann, Friedeberger Straße 11.

Um 11 Uhr im gleichen Lokal Bezirkstag (Regierungsbez. Frankfurt a. d. Oder).

In Nürnberg II (Straßenbau) um 14 Uhr im Lokal Fickel, Jagdstraße.

In **Angerburg** um 10 Uhr bei A. Fischer im „Gardestern".

In Hirschberg um 14 Uhr im Lokal zur „Alten Hoffnung".

In Lawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 9 Uhr bei Walter.

Am 15. Januar in Mohrungen um 15 Uhr bei Ehrlichmann.

Am 16. Januar 1931 in Regensburg um 18 Uhr bei Fallermeier, Schildbrauerei, Stadtamhof.

Am 17. Januar in Schwerin bei Herrn Marz, Waisenstraße 10.

In Meißen um 16 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Am 18. Januar in Prenzlau um 13 Uhr bei Hans Peter, Wittstraße.

In Altenhain um 13½ Uhr im bekannten Lokal. Jeder zur Stelle.

*

Oertlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in: Heinrichswalde.

Niederlamitz. Allen Kollegen und Zahlstellen, die uns während des Kampfes finanziell und kollegial unterstützt haben, sagen wir an dieser Stelle Dank. Eingesandt wurden von Seußen, Schwarzenbach je 50 Mark, Reinersreuth 40, Bischofsgrün, Wirsberg, Höchstädt je 20, Hof, Pilgramsreuth, Sparneck, Tröstau je 10, von Steinwiesen 8 Mark.

Wegen betriebstechnischer Schwierigkeiten konnten noch nicht alle Kollegen wieder eingestellt werden. Etwa Zureisende melden sich deshalb, bevor sie um Arbeit nachfragen, beim Vorsitzenden oder Kassierer der Zahlstelle.

Senftenberg. Alle Kollegen, die in Senftenberg Arbeit annehmen, auch wenn sie vom hiesigen Meister angefordert sind, haben sich vorher beim Vorsitzenden zu erkundigen, ob noch hiesige Kollegen arbeitslos sind.

Die Kollegen, die in Senftenberg polizeilich gemeldet sind, haben ihre Beitragsmarken hier zu entnehmen, da wir sie sonst als „lästige Ausländer" betrachten müssen.

Beide Hinweise möchten beachtet werden.

*

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

Rechenkünstler! Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Und bei wichtigen Verhandlungen über das moderne Thema „Lohnabbau" sind es die Arbeitgeberzeitungen, die als Schattenkünstler auftreten. So die „Deutsche Bergwerkszeitung", um die Gewinne des Bergbaues nicht im hellen Licht der Oeffentlichkeit erkennen zu lassen. In der Nummer 287 vom 9. Dezember 1930 bemüht sie sich im Leitartikel nachzuweisen, daß die Behauptungen der Bergarbeiter-Gewerkschaften falsch sind, daß der Ruhrbergbau nicht die behaupteten Gewinne von über 4 Mark je Tonne Kohlen habe. Im Gegenteil durch die geplante Lohnsenkung soll nur eine Vergrößerung des bisherigen Verlustes vermieden werden. In dem angeführten Artikel wird die Gewinn- oder Verlustrechnung abgestellt auf den Preis der Fettförderkohle als Richtpreis mit 16,89 Mark je Tonne. Eine Berechnungsart, die unseres Wissens bisher allgemein als Grundlage anerkannt wurde. Und nun das Neue: Bei den letzten Parteiverhandlungen verkündeten Unternehmer, daß den Bergarbeitern 12 v. H. vom Lohn abgezogen werden müßten, um die Preissenkung von 9 v. H. gleich 1,80 Mark je Tonne wieder wettzumachen. Wenn die Unternehmer 9 v. H. Preissenkung mit 1,80 Mark gleichstellen, dann ist 1 v. H. gleich 0,20 Mark und 100 v. H. oder der volle Verkaufspreis. Das ergibt gegenüber der bisherigen Berechnungsgrundlage ein Mehr von 3,11 Mark. Nach diesen Feststellungen muß doch irgendwo nicht richtig gerechnet worden sein? Fragt sich nur wo? Bei den Gewerkschaften, im Reichskohlenrat oder bei den Unternehmern? Oder bei der von ihr inspirierten Presse? Geschoben wird also, bleibt nur noch aufzuklären, wo?

Verbandstreue

In nachstehenden Zahlstellen konnten die genannten Kollegen am Jahresschluß 1930 auf eine ununterbrochene 20 und mehrjährige gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückblicken. So in

Bautzen: Jakob Binner.

Beucha: Ludwig Pfeffer, Johann Lein, Joseph Hacker, Nikolaus Ruckdäschel, Johann Ruckdäschel, Ludwig Eber, Martin Ebner, Hans Hofmann, Martin Dittmar, Anton Steininger, Konrad Wahlter, Lorenz Kispert, August Lucy, Markus Eholzer, Paul Singer, Michael Gareiß, Xaver Brückl, Johann Halser, Max Zierer, Johann Scherzer, Karl Kiefl, Georg Bedal, Artur Panitz, Joseph Siegl, Karl Großmann, Hermann Möbius, Ernst Langhammer, Karl Spalteholz, Joseph Keim, Andreas Kalbskopf, Gustav Klauß, Joseph Martinek, Rudolf Wancura, Franz Neumüller, Emil Lange, Karl Cisek, Richard Parentin, Wilhelm Lattner, Johann Schulz, Max Weber.

Dreihausen: Gottfried Happel.

Duisburg: Wilhelm Fiedler.

Eltmannshausen: Christoph Metz, Jakob Ludwig, Heinrich Kistner, Adolf Schröder, Karl Schreiber I, Johannes Stiedenroth I, Heinrich Stiedenroth.

Gudensberg: Martin Geiser.

Hemsbach: Martin Rhein, Joseph Rhein, Jakob Lang.

Kirchenlamitz: Alois Wolf.

Saalfeld: Gustav Planck.

Weimar: Louis Barth.

Wernigerode: Wilhelm Weiß.

Wünschelburg: Ludwig Lederer.

Würzburg: Valentin Bargatta, Philipp Beck, Matthäus Eitel, Johann Frank, Georg Frank, Johann Geitz, Johann Hemmrich, Philipp Holzhäuser, Andreas Heim, Franz Henn, Johann Kraus, Johann Kohl, J. Klappenberger, Franz Kaufmann, Michael Lampe, Michael Mauer, Jakob Metzger, Adam Mihm, Adam Oelling, Valentin Popp, Kaspar Röder, Georg Stüdlein, Heinrich Schäffer, Michael Umminger, Fr. Wallrapp, Joseph Wagner, Michael Weiglein, Georg Wolf.

Auf Wanderschaft: Paul Recke.

Den Verbands-Jubilaren nachträglich noch die besten Wünsche, mögen ihnen allen noch recht viele Jahre Gelegenheit gegeben sein, im Kreise der Kollegen zu wirken und mit ihren Erfahrungen unsere Bewegung zu fördern zum Nutzen des Nachwuchses.

Die Arbeitslosenversicherung ein unentbehrliches Gut der Kultur. Ueber die Arbeitslosenversicherung wird sehr viel geschrieben. Sie wird hierzulande schlechthin für alles verantwortlich gemacht. Wie man in andern Ländern darüber denkt und welche Bedeutung die Arbeitslosenversicherung für die Wirtschaft hat, beweist eine Auslassung des Sozialministers von Dänemark. Dieser hat dem Korrespondenten der „Fr. Ztg." auf eine entsprechende Frage folgende für sich selbst sprechende Antwort erteilt: „In aller Kürze will ich bemerken, daß ich die Arbeitslosenversicherung für ein ungeheures Gut ansehe, ja beinahe als unentbehrliches Gut für den einzelnen Arbeiter in einem Kulturland betrachte, wo der Arbeitslohn über dem Existenzminimum liegt. Schon darin hat sie ihre hinreichende Berechtigung. Man darf jedoch nicht glauben, daß die Arbeitslosenunterstützung nur auf diese Weise durch den Hinweis auf den einzelnen Arbeiter motiviert werden kann; sie läßt sich ebensogut durch ihre nützlichen Wirkungen auf die Wirtschaft des Landes überhaupt begründen. Es ist nämlich für diese von der größten Bedeutung, daß die Produktion, wenn sie nach den Depressionsperioden und den Arbeitslosigkeitsperioden wieder erwacht, dann einen Stab von Arbeitern vorfindet, der imstande ist, mit möglichst großer Leistungsfähigkeit von neuem in den Produktionsprozeß einzutreten. Und diese Möglichkeit, in den schlechten Zeiten einen Stab von Arbeitern bei dem Fache halten zu können, deren Leistungsfähigkeit durch Not und Elend nicht wesentlich geschwächt ist, wird nur durch eine Entschädigung in irgendeiner Form für die Arbeitslosen geschaffen. Ohne Hilfe würde die Depression die Arbeiter in die niederen Fächer hinüberzwingen und den Lohn dort drücken, oder die Arbeiter würden versumpfen. Jede Krise würde dann einen Verlust der Gesellschaft bedeuten, was die Effektivität der Arbeiter und das in ihrer Ausbildung angelegte Kapital betrifft. Wir würden das Menschenmaterial zerstören, das die notwendige Voraussetzung der Produktion ist und ihr Ziel sein müßte."

Amerikas Riesenunternehmungen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es 24 Unternehmungen mit einem Gesellschaftskapital von mehr als einer Milliarde Dollar (4200 Millionen Mark). Diese 24 Unternehmungen kontrollieren 12 v. H. des amerikanischen Volksreichtums. Kapitalmäßig am größten ist die Versicherungsgesellschaft Metropolitan mit einem Aktienkapital von 3011 Millionen Dollar. Von Anfang 1920 bis Anfang 1930 sind die in der Liste geführten Gesellschaften mächtig gewachsen oder erst neu entstanden. 7 Eisenbahngesellschaften haben ein Aktienkapital von 12 918 Millionen Dollar (Anfang 1920 10 324 Millionen Dollar). 5 Elektrizitäts- und Gasgesellschaften verzeichnen ein Aktienkapital von 7093 Millionen Dollar (1634). Von den Industriegesellschaften werden geführt die United States Steel Corporation, die Standard Oil und General Motors. Sie haben ein Aktienkapital von zusammen 5378 Millionen Dollar (3665). Ganz gewaltig hat sich die Bankenkonzentration ausgewirkt. Das Eigenkapital der 5 größten Banken beträgt 8375 Millionen Dollar gegen 2789 Millionen Dollar 1920; es ist also beinahe eine Verdreifachung in zehn Jahren eingetreten. Die 4 aufgeführten Versicherungsgesellschaften besitzen 8123 Millionen Dollar (3854). Alle 24 Gesellschaften zusammengerechnet verfügen über ein Gesellschaftskapital von 41,9 Milliarden Dollar gegen 22,2 Milliarden Dollar vor zehn Jahren. Der Reichtumszuwachs dieser Nation wird durch die angeführten Zahlen sehr treffend illustriert. Das Gesellschaftskapital obiger Unternehmungen in Mark ausgedrückt ergibt 176 Milliarden; das ist mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Volksreichtums.

Adressenänderungen

1. Gau: **Eberswalde.** Vors.: Otto Moritz, Brautstr. 22.
3. Gau: **Zadel.** Kass.: Max Dehnert. Klein-Zadel Haus Nr. 66c. Post Meißen-Land.
4. Gau: **Delitzsch.** Vors.: Paul Pfordte, Grünstr. 8. — **Wegeleben.** Kass.: Hermann Worner, Lange Reihe 12.
10. Gau: **Elgershausen.** Kass.: Georg Schwarz, Korbacher Straße. — **Jühnde,** Postbezeichnung: Hannover-Münden-Land.

Briefkasten

X. M. In dem geschilderten Falle ist der Vater des noch nicht volljährigen Sohnes verpflichtet, die rückständigen und laufenden Alimente zu zahlen. Sollte durch einen Vergleich mit Hilfe der Vormundschaftsbehörde in der Sache nichts zu erzielen sein, dann Klage durch das Vormundschaftsgericht.

A. S. R. Die sogenannten Sitzkosten müssen bezahlt werden von jedem, der es kann. Irgendwelcher Besitz ist bei Festsetzung der Kosten nicht maßgebend. Bei Zahlungsunmöglichkeit muß durch ein Gesuch um Erlaß angegangen werden, bei dessen Prüfung allerdings die Grundbesitz- und sonstigen Einkommensverhältnisse eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Neue Bücher und Zeitschriften

Gegen politische Falschmünzerei. Der ungeheuerliche Unfug, der namentlich von nationalsozialistischer Seite mit politischen Begriffen, wissenschaftlichen Theorien und geschichtlichen Tatsachen betrieben wird, macht es zur gebieterischen Pflicht, mit besonderer Energie allen Entstellungen, Verfälschungen und Verdrehungen entgegenzutreten, die unter scheinsozialistischer Flagge von den Hitler-Jüngern vorgenommen werden. Im Dezemberheft unserer zentralen Bildungszeitschrift „Sozialistische Bildung" wird ein Teil dieser Aufgabe besorgt, soweit es sich um die fälschlichen Berufungen der Nationalsozialisten auf Friedrich Nietzsche und um den von ihnen betriebenen Rassenschwindel handelt. In einer Abhandlung „Nietzsche und Hitler" weist J. Albert die ganze Verlogenheit der nationalsozialistischen Hinweise auf Nietzsche nach und führt eine große Zahl von Zitaten aus Nietzsches Werken an, die wie Keulenschläge auf die nationalistische und militaristische Reaktion herabsausen. In einem Artikel „Rassenfimmel und Rassenhaß" von Dr. B. Altmann wird in gleich schlagender Weise die politische Falschmünzerei aufgedeckt, die mit der Rassenfrage betrieben wird. Eine Reihe weiterer Beiträge in derselben Nummer behandelt aktuelle Fragen der Erwachsenenbildung. In einem Artikel von K. Adams: „Die Bedeutung der Volkshochschule für die Arbeiterschaft" wird das Verhältnis der Arbeiterorganisationen zu den Volkshochschulen klargestellt. A. Ansmann wendet sich in einem Artikel „Naturgrenzen geistiger Bildung" gegen die Bornertheit reaktionärer schulpolitischer Auffassungen. Ch. Döring gibt in einer interessanten statistischen Studie „Sechs Jahre Wanderkurse" eine Uebersicht über die Erfahrungen, die er als Wanderlehrer des Reichsausschusses gemacht hat. — In der Beilage „Sozialistische Erziehung werden aktuelle schulpolitische Fragen erörtert. In dem Artikel von Dr. H. Wegscheider „Was geht in Preußen vor?" wird die gegenwärtige Lage in Preußen geschildert. Dr. Löwenstein schreibt über die Erweiterung der Schulpflicht. Dr. R. G. Häbler schildert den Kampf um die badische Simultanschule. R. Voigt zeichnet ein Bild der gegenwärtigen Lage in Braunschweig, wo die nationalsozialistische Regierung alle unter sozialdemokratischer Leitung erzielten Errungenschaften bedroht. Insgesamt: ein interessanter Querschnitt durch die schulpolitische Lage im ganzen Reiche.

Arbeiterschaft und Film. Gerade die letzten Ereignisse haben gezeigt, welche gewaltige Bedeutung der Film hat. Aber auch, wieviel unserseits auf diesem Gebiete versäumt worden ist. Nur ganz wenige Kinos unterstehen der Verwaltung der Arbeiterorganisationen. Die Produktion eigener Filme steckt noch in den Anfangsgründen, wie der Leiter eines der ersten Arbeiterkinos, Georg Schubert, Breslau, im letzten Heft der Zeitschrift „Das neue Bild" auseinandersetzt. Er macht dabei sehr beachtliche Vorschläge, wie auch der Film von der Arbeiterschaft planmäßig erobert werden muß und kann. Andere Aufsätze der genannten Zeitschrift, die als Organ des Arbeiter-Lichtbild-Bundes sich ausschließlich der Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung widmet, geben dem Amateur wertvolle Winke für seine Arbeit. Die herrlichen Bildbeigaben zeigen ein erstaunliches Können der Mitglieder der Arbeiter-Photogruppen, die sich jetzt in allen Gegenden bilden. So ersieht man aus dem Teil, der den Vereinsnachrichten gewidmet ist, daß schon mehr als 60 solcher Gruppen die Bestrebungen des Arbeiter-Lichtbild-Bundes unterstützen. Da sie ihre schöne Kunst in den Dienst der gesamten Arbeiterpresse stellen und diese in immer stärkerem Maße mit guten sozialen Photos versehen, machen sie sich um die Gesamtbewegung besonders verdient. — „Das neue Bild" ist auf bestem Kunstdruckpapier hergestellt und kann für 40 Pfennig monatlich bei jeder Volksbuchhandlung und Postanstalt bestellt werden. Probehefte sendet der Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S 42, gegen Ueberweisung von 50 Pfennig in Briefmarken, einschließlich Porto. Sie können aber auch in jeder Volksbuchhandlung eingesehen werden.

Die Monatszeitschrift der Büchergilde Gutenberg erscheint ab Januar 1931 32 Seiten stark und in Magazinformat. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Büchergilde kostenlos. Neben interessanten literarischen Aufsätzen bringt die Zeitschrift „Die Büchergilde", die stets reich illustriert ist, populärwissenschaftliche Beiträge, moderne Lyrik und fesselnde Erzählungen. Das erste Heft 1931 enthält u. a. einen größeren Aufsatz über Dostojewskij (anläßlich der 50. Wiederkehr seines Todestags) und einen Artikel über Sinclair Lewis, dessen bester Roman, „Babbitt", im ersten Quartal 1931 von der Büchergilde zum Mitgliedspreis von 3 Mark herausgebracht wird.

Steuerersparnis für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Von Hans Schäfer. Verlag Waldemar Kathan, München N 23. Preis 1,95 Mark. Bei der wirtschaftlichen Not und den enormen Steuerabzügen ist es eine soziale Tat, daß der Verfasser in dieser klaren und billigen Schrift alles das zusammengestellt hat, was jeder Steuerzahler im Interesse seines Geldbeutels wissen muß. Wer dieses Buch besitzt, lernt die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerabzüge kennen und spart dadurch viel Geld. Verschiedene Muster von Eingaben an das Finanzamt sind eine wertvolle Beigabe. Da jeder über diese Steuererleichterungen unterrichtet sein muß, kann die Anschaffung dieses Buches empfohlen werden.

Anzeigen

Achtung! Steinarbeiter Groß-Hamburgs!

Die **Auszahlung der Winterbeihilfe** im Januar findet wieder **Holstenwall 12a** (Keller) statt, und zwar
für A bis M am **Montag, dem 26. Januar,** von 11 bis 18 Uhr,
für N bis Z am **Dienstag, dem 27. Januar,** zur selben Zeit.

Legitimation: Verbandsbuch. Die Wohlfahrtsbücher müssen bis 20. Januar beim Kollegen Frahm, Hamburg 21, Bachstraße 78, Haus Nr. 10, III., abgegeben sein. Nach diesem Termin besteht **kein Anrecht** mehr auf Auszahlung.

Die Kommission.

Ehrenerklärung

Die Beleidigung gegen den Bruchmeister **Max Förster, Trebsen,** nehme ich reuevoll zurück.

Alfred Langer, Trebsen.

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, **für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6**

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Marienburg. Am 7. Dezember der Rammer Franz Olschewski, 65 Jahre alt, 2 Jahre herzleidend.

Rimbach. Am 21. Dezember der Pflastersteinmacher Raimund Rühl, 24 Jahre alt, tödlicher Autounfall.

Hohburg. Am 22. Dezember die Steinschlägerin Ida Müller, 45 Jahre alt, 1 Jahr krank, Gebärmutterkrebs.

Rammelsbach. Am 23. Dezember der Pflastersteinschläger August Niebergall, 44 Jahre alt, 3 Wochen krank, Darmblutungen.

Reinersreuth. Am 23. Dezember der Brecher Karl Puchta, 63 Jahre alt, Schlaganfall.

Römhild. Am 26. Dezember der Hilfsarbeiter Hugo Rüger, 22 Jahre alt, tödlicher Autounfall (überfahren).

Schriesheim. Am 28. Dezember der Hilfsarbeiter Mich. Janson, 32 Jahre alt, Freitod.

Hamburg. Am 29. Dezember der Steinsetzer Heinrich Beckmann, 75 Jahre alt, Unfall, 1 Woche krank.

Chemnitz. Am 31. Dezember der Granitsteinmetz Gustav Stöhr, 47 Jahre alt, 8 Wochen lungenkrank.

Berlin. Am 31. Dezember der Rammer Ludwig Hoffmann, 73 Jahre alt, 4 Jahre Herzschwäche.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winckler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der Kampf um die Löhne

Deutschland, und mit ihm fast die ganze Welt, befinden sich in einer Wirtschaftskrise, die frühere Krisen weit in Schatten stellt, denn noch nie haben in solchem Umfange Produktionseinschränkungen und Entlassungen stattgefunden, wie gegenwärtig. Am schwersten leidet unter diesen Verhältnissen die Arbeiterschaft, und das Schlimmste liegt für sie darin, daß ein Abgleiten der Krise noch nicht erkennbar ist und daß weder Staat noch Gemeinden gewillt, noch in der Lage sind, ausreichend für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zu sorgen. Die Reichsregierung hat durch ihre Notverordnungen zur Sanierung des Reichshaushaltes und der Reichsanstalt den Lebensstandard der Arbeitslosen und der noch Arbeitenden wesentlich verschlechtert, durch ihre maßlose Schutzpolitik, die lediglich den Großgrundbesitzern zugute kommt, den Abbau der Sozialversicherungen und sonstige steuerliche Belastungen. Die zur Zeit noch schwebende Preissenkungsaktion wird nach dem Willen der Reichsregierung und des Unternehmertums ebenfalls auf den Rücken der breiten Massen ausgetragen.

Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß besonders in Notzeiten neben den sogenannten Wirtschaftsführern in erster Linie die Verantwortlichen des Staates nach Mitteln suchen müssen zur Behebung und Linderung der Arbeitslosigkeit, sie stehen dem Staate in mannigfacher Art zur Verfügung. Es sei hier nur verwiesen auf die Handelspolitik, auf die Förderung der Kapitaleinfuhr, die Beschaffung zusätzlicher Arbeit und die Ausübung der staatlichen Rechte gegen die Kartelle zur Aufhebung der Monopolpreise. Richtunggebend bei all diesen Maßnahmen muß allerdings die Interessenwahrnehmung der gesamten Staatsangehörigen sein. Diese Voraussetzung lassen die Maßnahmen der Reichsregierung vollständig vermissen, die Reichsregierung trägt vielmehr bei der durchaus notwendigen Preissenkungsaktion der brutalen kapitalistischen Wirtschaft Rechnung. Die Folge dieser einseitigen Maßnahme ist ein konzentrischer Angriff auf die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Regierung, die bürgerliche Presse und der große Presseaparat der Unternehmerverbände bemühen sich krampfhaft nachzuweisen, daß eine Senkung der angeblich überhöhten Löhne nur allein aus dieser Wirtschaftskrise herausbringen, die Kapitalflucht behoben, die Kapitalbildung gefördert und das Vertrauen in die Rentabilität der Wirtschaft zurückkehren kann, zumal dadurch die Produktionskosten herabgesetzt und die Gewinnaussichten verbessert werden. Nicht zuletzt wird behauptet, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie eine Herabsetzung der Produktionskosten mit Hilfe von Lohnsenkungen erfordert. Dieser letzten Beweisführung steht entgegen die große Widerstandsfähigkeit der deutschen Ausfuhr und die geringere Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Die deutsche Ausfuhr ist trotz der schlechten Weltwirtschaftslage bedeutend weniger zurückgegangen, wie die der übrigen Industriestaaten. Fest steht, daß es trotz der ansteigenden Löhne in den letzten Jahren der deutschen Industrie möglich war, die Ausfuhr dauernd zu steigern. Der Grund dafür liegt in der erhöhten Arbeitsintensität der deutschen Arbeiter und der Vervollkommnung des Produktionsapparates, wodurch der Lohnanteil an den Produktionskosten trotz Lohnsteigerung stark gesenkt wurde. Lohnsenkungen sind demzufolge zur Vermehrung der deutschen Ausfuhr nicht erforderlich. Eine Lohnsenkung wird im Gegenteil auch Lohndruck im Ausland herbeiführen, deutliche Anzeigen dafür liegen aus verschiedenen Staaten bereits vor. Es ist daher zu befürchten, daß die Beschneidung der Inlandskaufkraft sich auf dem Auslandsmarkt fortsetzt. Eine verringerte Aufnahmefähigkeit der deutschen Produkte ist die Folge, wodurch die deutsche Industrie bedeutend mehr verlieren als gewinnen kann. Daneben besteht die große Gefahr, daß durch die Lohnsenkung der Inlandsmarkt einen Rückschlag erleidet, der durch stärkste Ausfuhrsteigerung nicht ausgeglichen werden kann. Auf die Argumente der Kapitalflucht, der Kapitalbildung soll hier nicht eingegangen werden. Da beides schon oft eingehend behandelt wurde, so daß Wiederholungen nicht angebracht sind.

Im nachfolgenden wollen wir uns etwas mit der Steinindustrie beschäftigen, in derem Wirtschaftsprogramm der bereits vielfach durchgeführte Lohnabbau einen festen Bestandteil bildet. Am regsamsten sind hierbei wieder die Unternehmer, die bisher schon die geringsten Löhne gezahlt haben. Es macht sich deshalb nötig, die Produktionsverhältnisse in der Steinindustrie an wenigen Beispielen näher zu beleuchten, zumal durch die technische Vervollkommnung der letzten Jahre die Betriebe eine wesentliche Senkung des Lohnkostenkontos konstatieren können. In welcher Weise die technische Vervollkommnung der Betriebe auf die Verbilligung der Produktion einwirkt, beweist am besten eine Aufstellung, die dem Geschäftsbericht eines kommunalen Pflasterstein- und Schotterbetriebes entnommen ist, der uns zufällig in die Hände gelangte. Diese Aufstellung müssen die Steinarbeiter-Leser eingehend studieren, denn sie zeigen mit aller Deutlichkeit die Auswirkung für den Unternehmer und für den Arbeiter:

	1924	1925	1926	1927	1928
Geleistete Materialmenge	38 444 to	57 435 to	69 643 to	74 570 to	82 984 to
Beschäftigte Arbeiter	72	75	87	89	83
Mithin entfällt auf einen Arbeiter eine Jahresleistung von rund	535 to	770 to	800 to	837 to	1000 to

Die Mehrleistung des einzelnen Arbeiters betrug also nach den eigenen Angaben der Geschäftsleitung gegen das Jahr 1924:

	1925	1926	1927	1928
An Menge	235 to	265 to	302 to	465 to
An Prozenten	44	49,5	56,2	87

Wäre die Rationalisierung nicht durchgeführt worden, so würden unter Zugrundlegung der Durchschnittsleistung von 535 Tonnen pro Arbeiter für die tatsächlich geleistete Materialmenge folgende Arbeitskräfte erforderlich gewesen sein:

	1925	1926	1927	1928
Arbeiterzahl	107	130	139	155

Durch die Rationalisierung und die erhöhte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeits wurden somit im Vergleich zu 1924 die Löhne, die Sozialausgaben und sonstigen Unkosten erspart, und zwar:

	1925	1926	1927	1928
Für Arbeiter	32	43	50	72

Aus dieser Minderbeschäftigung gegen 1924 ergibt sich bereits, daß die Lohnquote pro Tonne 1924, selbst unter Berücksichtigung der jetzigen höheren Löhne, dennoch gesunken ist. Nachstehende Zeilen lassen diese Senkung noch deutlicher sichtbar werden.

Die vorstehende Jahresleistung des einzelnen Arbeiters ergibt unter Zugrundelegung von 300 Arbeitsschichten, die in dem erwähnten Betrieb als normal gelten, eine tägliche Produktion pro Arbeiter:

	1924	1925	1926	1927	1928
An Menge . .	1,78 to	2,37 to	2,56 to	2,79 to	3,33 to

Im gleichen Zeitraum sind die Normalstundenlöhne der Facharbeiter für den Bezirk, zu dem dieser Betrieb gehört, um 42,3 Prozent erhöht worden. Der Lohn betrug im Jahre 1924 0,52 Mark und 1928 0,74 Mark. Der Akkordrichtlohn lag und liegt noch heute 10 Prozent unter dem Normalstundenlohn. Der Mindeststundenverdienst mußte demzufolge 1924 0,61 und 1928 0,86 Mark betragen. Diese durch den RAV. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie vorgesehene Mindestlohngrenze kam für diesen Betrieb weder 1924, noch 1928, noch jetzt in Betracht, sie kann unbedenklich um 10 Prozent höher angenommen werden, so daß mit 0,67 bzw. 0,93 Mark pro Stunde zu rechnen ist. Bei achtstündiger Arbeitszeit ergab sich danach 1924 ein Tagesverdienst von 5,36 Mark und 1928 ein solcher von 7,44 Mark. Die reinen Lohnkosten pro geförderte Tonne betrugen demzufolge bei 1,78 Tonnen täglicher Leistung im Jahre 1924 3,01 Mark, gegen 2,23 Mark im Jahre 1928. Trotz der 42,3 prozeitigen Lohnsteigerung hat sich also durch die erhöhte Arbeitsleistung und der technischen Vervollkommnung des Betriebes der Lohnanteil pro Tonne um 0,78 Pfennig oder um 26 Prozent ermäßigt. Seit dem Jahre 1928 hat sich die Produktion durch weitere technische Verbesserungen abermals gehoben, so daß eine weitere Verminderung der Lohnquote festgestellt werden darf. Ergänzend zu dieser Berechnung sei noch bemerkt, daß der Berechnung für den Lohnkostenanteil pro geförderte Tonne allgemein die Facharbeiterlöhne zugrunde gelegt wurden. Da die tägliche Leistung auf die Gesamtzahl der Beschäftigten abgestellt ist, also die Hilfsarbeiter mit berücksichtigt wurden, ermäßigt sich der reine Lohnanteil pro Tonne in beiden Jahren um mehrere Prozent, weil die Hilfsarbeiter mindestens ein Drittel der Belegschaft darstellen und deren Löhne im vorliegenden Falle um 10 Prozent unter den Facharbeiterlöhnen liegen. In der prozentualen Ermäßigung des Lohnanteils pro geförderte Tonne wird dagegen kaum eine Aenderung treten.

Der Lohnanteil ist also im vorliegenden Falle um mehr als ein Viertel von 1924 auf 1928 gesenkt worden. Demgegenüber steht allerdings die erhöhte Zinsenlast, die hervorgerufen wurde durch die technische Vervollkommnung des Betriebes. Bei objektiver Beachtung darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Mehrproduktion ohne Einstellung neuer Arbeitskräfte erreicht wurde. Es hat dadurch, wie bereits bemerkt, auch eine wesentliche Einsparung von Sozialbeiträgen und sonstigen Unkosten stattgefunden, die die erhöhte Zinsenbelastung sicher mehr als ausgleichen. **Aehnlich liegen hinsichtlich der Steigerung der Leistungsfähigkeit und damit der Senkung des Lohnkostenfaktors die Verhältnisse in der gesamten Schotterindustrie.**

Diese unsere Wahrnehmung wird bestätigt durch zwei Artikel in der „Steinindustrie", Heft 25. Der erste mit F. J. Müller gezeichnete Artikel, der sich mit der Notlage der Pflasterstein- und Schotterindustrie beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis, daß die Werksverwaltungen durch die angeblich bis zur unerträglich gestiegenen sozialpolitischen und steuerlichen Belastungen zur intensiven Rationalisierung und Mechanisierung gezwungen wurden. Er weist darin nach, daß durch Anschaffung neuzeitlicher Zugmaschinen mehrere Hilfsarbeiterkolonnen zur Entlassung kommen konnten, wodurch sich das Lohnkostenkonto täglich um 80 Mark senkte. Weitere 50 Mark wurden täglich eingespart durch Einführung von Sicherheitsapparaten für die Brecher, wodurch wiederum eine Anzahl Hilfsarbeiter arbeitslos wurden. Diese Einsparungen wurden nach Ansicht des Herrn Müller durch Mechanisierung im Betriebe erzielt. Diese Maßnahmen sind für die betroffenen Arbeiter sehr hart. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen wird sich trotzdem nichts einwenden lassen. Der schärfste Widerspruch muß aber gegen die angewandten Methoden bei dieser „Rationalisierung" erhoben werden, denn sie erstreckt sich, nach Herrn Müller, nur auf die restlose Ausschöpfung der menschlichen Arbeitskraft. Die Betriebsleitung hat es danach neben der Mechanisierung verstanden, den Ausschlägerakkordsatz für brecherfertiges Material von 1,25 Mk. in kurzer Frist auf 0,70 Mark zu senken, indem sie die Belegschaft vom Akkord in Zeitlohn und dann wieder in Akkord überführte. Während der Zeitlohnarbeit wurde die Belegschaft durch den die Rationalisierung durchführenden Beamten dauernd beaufsichtigt. Das heißt auf das verständigere Deutsch übersetzt: sie wurden dauernd angetrieben, um den höchsten Nutzeffekt pro Kolonne zu erzielen, um danach die künftigen Akkordsätze einzusetzen. Auf diese Praxis deutet die in dem Artikel enthaltene Bemerkung hin, daß eine Kolonne wegen schlechter Leistung ausgeschieden werden mußte. Solche Maßnahmen haben sicherlich nach Ansicht aller Gerechtdenkenden mit Rationalisierung, also mit der Erleichterung des Arbeitsprozesses, nicht das Geringste zu tun; sind nichts anderes wie brutaler und rücksichtsloser Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, dessen Folgen sich früher oder später beim einzelnen Arbeiter zu seinem Schaden bemerkbar machen werden. Diese angebliche Rationalisierung steht durchaus nicht vereinzelt da, sondern hat im Jahre 1930 in einem großen Teil der Pflasterstein- und Schotterindustrie Schule gemacht. Wenn diese rücksichtslose Methode auch nicht überall angewendet wurde, wurde aber durchweg der Grundsatz vertreten, daß die Akkordlöhne überspannt seien, sogar dort, wo Lohnerhöhungen in den letzten Jahren nicht stattgefunden hatten. Daß diese Ansicht der überspannten Löhne überhaupt in dem Umfange Platz greifen konnte, ist zum größten Teil auf das Betreiben der Geschäftsleitung des Reichsverbandes der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie zurückzuführen. Sie hat in der ersten Jahreshälfte ihren Mitgliedern ein Rundschreiben übermittelt, aus dem der folgende Absatz besondere Beachtung verdient: **„Besonders bedauerlich ist es, daß bei Ablauf der Bezirkslohntarife im Frühjahr es nicht möglich war, eine Lohnsenkung durchzuführen, so daß der Lohnfaktor auch für die kommenden Aufträge in unveränderter Höhe fortbesteht. Vielleicht läßt es sich aber wenigstens da, wo überspannte Akkordsätze bestehen, ermöglichen, einen Lohnabbau durchzuführen."** Dieser Anweisung haben die Mitglieder bedenkenlos Folge geleistet, trotzdem nach dem Geschäftsbericht des Kommunalbetriebes, aus dem wir eingangs die Angaben brachten, nicht die geringste Veranlassung dazu vorlag, weil die Lohnkosten durch die Arbeitsintensität und die technische Vervollkommnung ganz außerordentlich gesenkt waren. Die Kommunalbetriebe werden allgemein von den Unternehmern nicht für voll angesehen.

Die in diesem Artikel gebrachten Beispiele über Lohnkostensenkung können ohne jede Ausnahme auf die gesamte Natursteinindustrie übertragen werden, sowohl in der Werkstein-, Grabmal-, als auch in der Marmorindustrie. Ueberall wurde die manuelle Arbeitskraft durch die Maschine oder durch die pneumatischen Luftdruckanlagen verdrängt, wozu die neuzeitliche Architektur besonders mit beigetragen hat. In allen Berufsgruppen der Natursteinindsturie wurde die Arbeits- und Betriebsleistung wesentlich gesteigert, ohne Rücksicht auf Absatzmöglichkeit.

Diese überspannte Anlagepolitik, die auch im zweiten Artikel in der „Steinindustrie", Heft Nr. 25, als Uebel anerkannt wird, muß sich in Notzeiten für die Industrie besonders fühlbar machen. Aus diesem Artikel von Bergassessor Dr. Börger, der die Entwicklung und Aussichten der Basaltindustrie im Kasseler Bezirk behandelt, geht ebenfalls hervor, daß die Leistungsfähigkeit des Kasseler Bezirkes seit der Hochkonjunktur 1927 um weitere 20 Prozent gesteigert wurde, daß aber anderseits im Jahre 1929 die vorhandenen Anlagen nur zu 61 Prozent ausgenutzt wurden. Nach seiner Ansicht ist aber eine Ausnutzung der Anlagen von 70 bis 80 Prozent erforderlich, um noch Deckung für die erforderlichen Abschreibungen zu erzielen. Es ist also eine weitere Ausnutzung der Anlagen um 9 bis 19 Prozent notwendig, um die erforderlichen Abschreibungen zu ermöglichen. Aus diesen Darlegungen, die unbedenklich auf die gesamte Schotterindustrie übertragen werden kann, zeigt sich mit absoluter Klarheit, daß nicht die Löhne, sondern die überspannte Anlagenpolitik in der Steinindustrie genau so verhängnisvoll wirkt, wie in der übrigen deutschen Industrie. Der wirtschaftliche Krankheitsherd hat also seine Ursache nicht im Lohnkostenfaktor, der, wie vorstehend nachgewiesen, seit 1924 dauernd gesenkt wurde, sondern an den fixen Kosten, d. h. an der Verzinsung und Abschreibung des investierten Kapitals, die in voller Höhe weiter laufen, auch wenn der Betrieb eingeschränkt oder vorübergehend ganz eingestellt wird. Daneben sind es noch andere Kosten, die zwar nicht absolut starr sind, die aber im Falle der Betriebseinschränkung sich keineswegs soweit vermindern wie der Produktionsumfang. Hier sei nur auf die Kosten für die technische und kaufmännische Leitung, sowie die sonstigen Regieunkosten verwiesen. Diese Kosten sind die ursächlichen Krankheitsherde, und deren Ausheilung durch Senkung der Arbeiterlöhne kann nie zu einem befriedigenden Resultat führen.

Ebenso ungesund sind die bekanntgewordenen Pläne der westdeutschen Basaltunion, die beabsichtigen, eine Anzahl Betriebe aufzukaufen oder gegen eine entsprechende Rentenabfindung stillzulegen, um die Leistungsfähigkeit der übrigen Betriebe voll auszunützen. Hieraus ergibt sich nur eine erneute Erhöhung der fixen Kosten, die eine neue wesentliche Belastung der Produktion darstellt. Eine endgültige Gesundung der „überkapitalisierten" Steinindustrie und der deutschen Industrie ist nur möglich durch eine Senkung der fixen Kosten, daß das investierte Kapital, soweit es nicht beschäftigt werden kann, als verloren abgeschrieben wird. Trotz dieser klaren Erkenntnis, die selbst von hervorragenden Wirtschaftlern vertreten wird, denkt das deutsche Unternehmertum nicht daran, diesen Weg zu beschreiten. Die Unternehmer, besonders die der Steinindustrie und des Straßenbaues, erwarten alles Heil von Lohnkürzungen. Sie wollen nicht erkennen, daß der Lohnkostenfaktor für große Kreise unserer Kollegen bereits im abgelaufenen Jahr eine große Senkung erfahren hat durch die Rationalisierung, den Abbau der Akkordsätze, durch erhöhte Qualitätsarbeit und Freistellung großer Arbeitermassen. Das ganze Sinnen der Unternehmer ist nur auf Lohnabbau eingestellt. Diese Rührigkeit wäre bei anderen gesetzlichen Maßnahmen mehr am Platze. Soweit sich diese nicht gegen die Arbeiterschaft richtet, scheint die Unternehmerenergie bedenklich zu erlahmen. Von einer ernstlichen Abwehr der einseitig diktierten Preissenkung durch die Reichsbahn und Post ist nichts bemerkenswertes bekanntgeworden. Ebenfalls sind bisher keine Maßnahmen zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu konstatieren. Solange das alles stillschweigend ertragen werden kann, besteht kein Anlaß zu Lohnkürzungen, dies um so weniger, weil immer mehr erkennbar, daß die mit großem Tamtam inszenierte Preissenkung bei den wichtigen Lebensmitteln bereits einer Gegenbewegung Platz gemacht hat. Die von jeher beliebte Methode, selbstverschuldete Nöte auf dem Rücken der Arbeiterschaft zu Austrag zu bringen, ist nicht mehr haltbar. Nicht Senkung der Löhne, sondern Abbau der fixen Kosten sollte als Richtlinie gelten. Der Arbeiterschaft wird es vorbehalten bleiben, die kommenden Auseinandersetzungen in diese Richtung zu drängen. Die Aufgabe ist groß, sie kann nur erfüllt werden durch einheitliches, geschlossenes Handeln, dazu ist erforderlich, daß die zersetzenden Bestrebungen von links und rechts an der Treue zur Organisation zerschellen und die Unorganisierten sich in Reih und Glied einordnen. C. Wdl.

Die Entwicklung der Reallöhne

Das Internationale Arbeitsamt macht seit einiger Zeit den Versuch, die Lebenshaltungskosten und die Reallöhne in den größeren Städten der einzelnen Länder festzustellen. Die Lebenshaltungskosten werden festgestellt auf Grund des Wochenverbrauchs eines erwachsenen Mannes. Den Lebensgewohnheiten der einzelnen Länder entsprechend ist man zu der Aufstellung eines internationalen Haushalts gekommen. Auf Grund genauester Untersuchungen wurde nun berechnet, wie hoch die Kosten dieses internationalen Haushalts in Dollar sind. Einbezogen wurden Nahrungsmittel, Feuerung, Licht und Seife. Nicht ermittelt wurden die Ausgaben für Wohnungen, Kleidung usw. Die letzte Erhebung wurde im Juli 1930 vorgenommen und in der Zeitschrift „Internationale Rundschau der Arbeit" veröffentlicht. Die nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick:

	Kosten in Dollar Nahrungsmittel Feuerung, Licht und Seife	Meßziffern der Kosten Großbritannien = 100	Meßziffern der Reallöhne Großbritannien = 100
Deutschland	2,53	114	73
Oesterreich	2,47	111	48
Kanada	2,88	130	155
Dänemark	2,41	109	113
Spanien	2,27	102	40
Vereinigte Staaten	3,17	143	190
Großbritannien	2,22	100	100
Irland	2,52	114	93
Italien	2,81	127	39
Niederlande	2,32	105	82
Polen	1,73	78	61
Jugoslawien	1,96	88	45
Schweden	2,57	116	109

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten am höchsten sind. Dann folgt Kanada und von den europäischen Ländern überraschenderweise Italien. Da den hohen Lebenshaltungskosten in Italien niedrige Löhne gegenüberstehen, ist der Reallohn im faschistischen Wunderland am niedrigsten. Die Tabelle zeigt weiter, daß Deutschland zu den teuersten europäischen Ländern gehört. Nur Schweden steht um ein geringeres höher, dem aber auch höhere Löhne gegenüberstehen. Die teuren Preise in Deutschland ergeben den verhältnismäßig niedrigen Reallohn hierzulande. Auch Oesterreich ist ein teures Land, und da die Löhne dortselbst noch niedriger sind, steht auch der Reallohn entsprechend tiefer. Den niedrigsten Lebenshaltungsindex weist Polen auf. Wäre dies nicht der Fall, so stände der Reallohn infolge der geringen Höhe der Nominallöhne noch wesentlich niedriger. Aus dem Vergleich der Lebenshaltungskosten und der Reallöhne in den einzelnen Ländern ist der Schluß zu ziehen, daß die Preise in Deutschland, Oesterreich usw. noch wesentlich heruntergehen müssen, wenn diese Länder einen günstigen Vergleich mit anderen Staaten aufweisen sollen. Für Frankreich und die Tschechoslowakei hat die IRA brauchbare Unterlagen nicht erhalten.

Bücher und Zeitschriften

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1930. Heft 12. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt den Entwurf eines Kartell- und Monopolgesetzes im Reichstag eingebracht, den Dr. Franz Neumann in einem eingehenden Aufsatz begründet.

Die Zahl der langfristig Erwerbslosen, die bereits die Arbeitslosenversicherung und anschließend die Krisenfürsorge erschöpft haben und in steigendem Maße die gemeindliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen müssen, wurde Anfang Dezember auf 700 000 geschätzt. Die zunehmende Zahl der Ausgesteuerten hat zur Folge, daß die Ziffer der Wohlfahrtserwerbslosen in den nächsten Wochen noch steigen wird. Unter diesen Umständen gewinnt der Vorschlag der freien Gewerkschaften, einen grundsätzlichen Umbau bei denjenigen Arbeitslosen vorzunehmen, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, erhöhte Bedeutung. Dr. Bruno Broecker begründet diesen Vorschlag, der gleichfalls als Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstag vorliegt, in einem umfassenden Aufsatz „Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge". — Die deutsche Arbeiterbewegung steht im letzten Jahr in schwerem Kampf gegen die Front der Gegner des neuen Staates, an dessen Aufbau ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen in erster Linie beteiligt waren. In dieser Zeit der politischen Hochspannung ist es wichtig, die eigene Kraft zu prüfen. Der Direktor der Bundesschule des ADGB., Hermann Seelbach, macht diesen Versuch in dem Aufsatz „Die geistigen Kräfte der modernen Gewerkschaftsbewegung". — Annemarie Hermberg setzt die besonderen und vielfältigen Probleme auseinander, die sich in unserer Zeit durch die Frauenerwerbsarbeit ergeben, und weist vor allem auf die Aufgaben hin, die die Gewerkschaften im Kampf um eine sozial bessere Einordnung der weiblichen Arbeitnehmer in das gesellschaftliche Leben unserer Zeit zu erfüllen haben. — In der Zeitschrift „Rhein und Ruhr" hatte Dr. W. Jost sich in einem Aufsatz „Grundlagen der betrieblichen Sozialpolitik" scharf gegen einen Aufsatz gewandt, den Professor Geiger in der „Arbeit" über die „Soziologie der Industriearbeit und des Betriebes" veröffentlicht hatte. Die betriebliche Sozialpolitik ist ein auch in dieser Zeitschrift viel diskutiertes und stark umstrittenes Gebiet. Die Ausführungen von Geiger sind ein wertvoller Beitrag zu diesem Thema. — In der Rundschau der „Arbeit" gibt Franz Spliedt in seiner „Sozialpolitischen Chronik" eine abschließende Uebersicht über die sozialpolitische Entwicklung des letzten Vierteljahres. Clemens Nörpel berichtet über das „Arbeitsrecht im Jahre 1930", Fritz Schröder beschäftigt sich mit der „Kurzarbeit bei den Angestellten", eine Frage, die er sowohl unter arbeitsrechtlichen als auch unter tarifpolitischen Gesichtspunkten beleuchtet.

Eine Schriftenübersicht schließt das Heft ab, dem das Inhaltsverzeichnis über den Jahrgang 1930 beigefügt ist.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Die Steine im Sprachgebrauch

Wer sich viel mit der Gesteinskunde, mit dem Vertrieb der Steine, Kohlen und Erze beschäftigt, für den mag es einen eigentümlichen Reiz haben, gelegentlich einen Abstecher in das sprachliche Gebiet zu unternehmen, in dem das Mineralreich mit seinen Erzeugnissen eine bemerkenswerte Rolle spielt. Sprichwörter, geläufige Redewendungen, Bilder und Vergleiche tauchen dabei auf, deren man sich so oft bedient, daß man dabei kaum noch des Ursprungs und des Zusammenhangs der Ausdrücke bewußt ist.

Unwillkürlich verbindet man mit dem Begriff „Stein" etwas sehr Dauerhaftes oder ganz Außerordentliches: wer steinreich ist, wird von vielen Menschen ob seiner Schätze beneidet, der Steinalte übertrifft durch die Fülle seiner Jahre die gewöhnliche Lebenszeit erheblich, an steinharten Dingen versucht man mit einfachen Werkzeugen vergeblich sein Heil, und wer gar sich den Vorwurf gefallen lassen muß, er habe ein Herz von Stein, der mag sich ernstlich prüfen, ob wirklich sein Gemüt so verhärtet und der weicheren Regung des Mitleids unzugänglich ist. Die Hartherzigkeit kann ansteckend wirken: „Stein unter Steinen" hat Sudermann eins seiner Stücke genannt, und wenn man eine besonders starke Wirkung von Bitten, Liedern, Musikstücken kennzeichnen will, so sagt man, daß sie steinerweichend seien.

Wer einer bangen Sorge enthoben ist, dem fällt plötzlich ein Stein vom Herzen, während es bisher wie ein Mühlstein auf ihm lag.

Die ältesten Kulturforschungen führen auf die Steinzeit zurück, in der sich der Mensch notdürftig mit Beilen, Sägen und Messern aus Stein behalf. Die Steinkohle und die versteinerten Baumstämme, die man hier und da (z. B. am Koffhäuser) antrifft, erzählen uns wunderbare Geschichten aus jenen Tagen, von denen man sich in der Steinwüste großstädtischer Häuserviertel schwerlich etwas träumen läßt. In der Bibel wird davor gewarnt, Steine statt Brot zu geben, und dem Gottlosen wird angedroht, daß es am besten für ihn sei, wenn ihm ein Mühlstein um den Hals gelegt und er im Wasser versenkt werde, wo es am tiefsten ist. Vom Stein des Sisyphus in der Unterwelt hören wir beim Vater Homer, der die vergebliche Mühe des Verdammten anschaulich ausmalt: „Hurtig mit Donnergepolter entrollte der tückische Marmor." Ueber die Erfindung des Steins der Weisen haben sich unzählige Leute, die gern Gold machen wollten, den Kopf zerbrochen, aber nicht alle waren so glücklich wie Böttger, der dabei das Porzellan erfand. Edelsteine sind eine kostspielige Liebhaberei; billiger ist es, seine Augen an hübsch gearbeitetem Steinmosaik zu erfreuen, an das der Steinklopfer bei seiner sauren Arbeit ebensowenig wie sein Gefährte im Steinbruch denken wird.

Köstlich ist im Kommersbuch die Antwort des berühmten Examenkandidaten Wehrele, eines Geistesverwandten des ehrsamen Hieronymus Jobs.

„Da hamm se'n gefragt aus der Mineralogie. Da hett der Wehrele geseit:

„Mit Steine schmeißt ma' die Fenster i'." — So hett der Wehrele geseit."

Der uralte Brauch, an wichtigen Stellen, bei einer Kreuzung des Weges, auf einem Gipfel, den man als erster erreichte, oder an einer Lagerstelle einen Steinmann (eine „Daube") zu errichten, ist allen Bergsteigern aus dem Hochgebirge bekannt. Bei der grausamen Strafe des Steinigens, die einst den heiligen Stephanus traf, wollen wir uns nicht lange aufhalten. Auch die zahlreichen Ortsnamen wie Stein am Anger, Münster am Stein, Rheinstein, und Personenbenennungen wie Steinbeck, Steinhof, Steinrück und Stein schlechtweg sind geläufig genug. Der Stein im Brett deutet selbstverständlich auf die Unterhaltungsbrettspiele hin.

„Die Steine selbst, so schwer sie sind ...", so singt man im Liede vom Wandern, das des Müllers Lust ist, und nach der breiten Form gefältelter Halskrägen redet man von einer Mühlsteinkrause. Vom Mark-, vom Schleif-, vom Eck-, vom Grund-, vom Grenz-, vom Schlußstein wäre noch manches zu sagen, doch wir beschränken uns darauf, mit dem stolzen Wort des Horaz zu schließen:

„Ich schuf mir ein Denkmal, das länger besteht,
Als Erz und als Steinpyramiden."

H. v. F.

Was soll unser Kind werden?

Der Junge oder das Mädel kommen jetzt wieder mit der Schülerkarte für die Berufsberatung aus der Schule nach Hause. Damit geht für die Eltern und die Kinder wieder die Sorge um den künftigen Beruf los. Bis zur Schulentlassung ist zwar noch einige Monate Zeit, aber trotzdem ist es schon gut, sich jetzt die Frage: was soll das Kind werden, vorzulegen.

Die Beantwortung wird ja vom Kinde und den Eltern aus erfolgen. Das Kind, das meistens mit einer gewissen Unlust in die Schule geht, glaubt, daß mit der Berufsarbeit ein neues, besseres und interessanteres Leben anfängt. Eine Angst vor dem Beruf wird man gewiß nur selten finden. Die Jugendweihe wird sehnlichst erwartet, denn danach soll man ja erwachsen sein, man wird arbeiten wie der Vater und die Geschwister, man wird vielleicht Geld verdienen. Welche Chancen für ein Kinderherz?

Aber die Eltern sehen diesem Schritt ihres Kindes kaum mit den gleichen frohen Gefühlen entgegen. Sie haben Angst vor der Berufswahl. Sie fragen sich, sollen wir den Jungen in eine Lehre stecken, soll er uns noch länger auf der Tasche liegen, oder soll er irgendwo Arbeit suchen und möglichst viel Geld verdienen? Auf die Wünsche des Knaben wird bei dieser Fragestellung sehr wenig Rücksicht genommen. Gewiß mit einigem Recht, denn was will man nicht im Alter von 14 Jahren alles werden? Der Junge kann nicht darüber urteilen, was sich am besten für ihn eignen würde, das können die Eltern schon besser. Aber die Eltern können leider meisten nicht danach gehen. Wie oft werden sie ihr Kind in eine Arbeit zwingen müssen, von der sie selbst sehr gut wissen, daß sie sich nicht für das Kind eignet. Aus demselben Grund werden die Eltern oft darauf bedacht sein, das Kind schnell in einen Verdienst zu bringen. Sie müssen den Verbraucher los werden. Aber wird nicht oft auch allzu schnell in diesen Dingen verfahren? Sollten nicht doch die Eltern sich überlegen, ob nicht eine mehrjährige Lehrzeit für ihr Kind vorteilhaft wäre? Das Kind in eine Arbeit mit Verdienst zu bringen, wird bei der augenblicklichen Wirtschaftskrise außerdem nahezu unmöglich sein. Wo gibt es Arbeit? Deshalb müßten die Eltern unbedingt versuchen, eine Lehre für das Kind zu finden.

Die Eltern werden einsehen müssen, daß die Erziehung des Knabens oder des Mädchens mit der Ausschulung noch nicht abgeschlossen ist. Die heutige wirtschaftliche und technische Entwicklung fordert vom einzelnen das Höchste. Qualifizierte Kräfte werden gebraucht und dafür ist Schule und Lehrzeit nötig. Die Eltern werden fragen: Lohnt es sich denn überhaupt? Ja, es lohnt sich! Auch heute bei den schlechten Arbeitsverhältnissen sehen wir, daß gelernte Kräfte nicht so stark von den Auswirkungen der Krise beeinflußt werden als ungelernte. Die Löhne für gelernte Arbeiter sind höher als für ungelernte, die Aufstiegsmöglichkeiten für gelernte günstiger. Aber auch vom erzieherischen Standpunkt aus ist die Lehre für den jungen Menschen erforderlich. Leider ist die Entwicklung noch nicht so fortgeschritten, daß die Kinder des Proletariats dasselbe Recht wie die der bürgerlichen Welt genießen können, nämlich die längere Schulzeit und die höhere Schule für die Begabten, aber wenn die Eltern es möglich machen können, dann sollten sie ihre Kinder in eine Lehre schicken.

Im Zusammenhang hiermit verdient das geplante neue Schuljahr und die neue Nachschulung Erwähnung. Man ist sich klar darüber, daß die längere Schulzeit den Kindern gar nichts schadet, im Gegenteil. Nur daß die jungen Leute den Eltern nun noch länger auf der Tasche liegen, das ist zu bemängeln. Der Staat müßte hier in Form einer Schulunterstüung eingreifen. Zumal der junge Mensch, der heute keine Arbeit findet, ja sowieso Arbeitslosenunterstützung erhalten würde. Wenn es aber möglich ist, eine Lehrstelle für die Kinder zu finden, dann sollten die Eltern nichts unversäumt lassen, daß ihre Kinder diese Lehre annehmen. Gibt es aber freie Lehrstellen? Vor einigen Jahren war gewiß ein großer Mangel an Lehrstellen, heute muß sich schon der Geburtenrückgang der Kriegsjahre bemerkbar machen, weshalb man hoffen kann, daß eine große Anzahl Lehrstellen zu besetzen ist.

Hat man sich nun entschieden, daß das Kind in eine Lehre gehen soll, dann kommt die weitere Frage, in welche Lehre es gehen soll. Wie schon gesagt wurde, soll man nicht zu sehr nach „den Wünschen" der Kinder gehen. Auch soll nicht nach den „Aussichten" gegangen werden! Sondern es kommt darauf an, wozu eignet sich das Kind am besten? Diese Fragestellung, die früher gar nicht oder selten zu finden war, drängt sich heute im Zeitalter der Spezialisation immer mehr in den Vordergrund. Heute erst gibt es die viel geschmähte psychotechnische Eignungsprüfung, die öffentlichen Brufsberatungen usw. Die Eignungsprüfung ist gewiß mit einiger Vorsicht zu genießen. Aber auch gute Seiten besitzt sie. Diese überwiegen wahrscheinlich, und deshalb kann es allen Eltern nur empfohlen werden, ihre Kinder in den Instituten prüfen zu lassen, bevor sie sich für einen Beruf entscheiden. Bisher war ja die Berufsauslesung sehr einfach, man sah auf das Schulzeugnis, fragte, was willst du werden, und damit war es geschehen. Aber der Blick ins Schulzeugnis sagt gar nichts, allenfalls zeigt es uns eine allgemeine Begabungsrichtung und den Umfang des in der Schule erlangten Wissens.

Um ein sicheres Bild über die Qualitäten des Kindes zu erhalten, ist es nötig, mehrere Methoden anzuwenden: die öffentliche Berufsberatung geht dabei wie folgt vor: 1. ist Grundlage die mündliche Aussprache, 2. das Urteil des Lehrers. Der Lehrer, der das Kind schon meistens mehrere Jahre kennt, wird berichten können über das Gefühls- und Willensleben des Kindes, er wird auch genau Auskunft geben können über seine Charaktereigenschaften. Dem Lehrer kommt hier eine neue und wichtige Bedeutng zu. 3. ist ausschlaggebend das Urteil des Arztes, der Auge, Ohr, Lunge, Krankheiten usw genauestens untersucht. Außerdem wird es noch auf die Eignungsprüfung ankommen, die dann urteilen wird, ob das Kind sich für den einen oder anderen Beruf eignet oder nicht.

Sorge der Eltern ist also die Frage nach dem richtigen Beruf. Und hierbei muß der den Menschen ureigenste Trieb nach dem Gelderwerb zurückgestellt werden. Denn die Entscheidung, die hier einmal gefällt wird, wirkt sich aus auf das ganze spätere Leben des Kindes, sie ist entscheidend für das spätere Glück, Zufriedenheit und Ansehen. Gerade was man an uns Alten gefehlt hat, daß man uns in Berufe steckte, die uns nicht interessierten und die uns alle Lebensfreude nahmen, sollte uns warnen, bei unseren Kindern ebenso zu verfahren.

Es wird alle darauf ankommen, in welchem Beruf das Kind auf Grund seiner geistigen und körperlichen Beschaffenheit das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit erreicht. Die Eltern mögen noch einmal ermahnt sein, bei der Entscheidung über eine solch schwere Frage fachmännischen Rat einzuholen und dann auch zu befolgen.

W. Pl.

Alle Tage der kleine Aerger

„Ausgerechnet jetzt muß auch das noch kommen!" So denken und sprechen wir oft ärgerlich, wenn sich da irgend etwas ereignet, das uns unangenehm ist. Es wäre heute alles mal gut gewesen, und ausgerechnet da dieser Aerger!

Es ist meist gar nichts Bedeutendes. Wenn wir in Ruhe darüber nachdenken, dann sagen wir es uns selbst. Aber wir sind heute alle überempfindlich, gereizt. Und eine Kleinigkeit beschäftigt uns oft mehr als nötig.

Ja, sie verdirbt so manchem alle Freude. Es mag gar mancherlei Gutes kommen, ist auch nur ein kleiner Aerger dabei, dann macht er den Menschen so oft trotz alles Frohen mißgestimmt.

Die Not hat uns alle an der Wurzel unserer Seele erfaßt. Aufgewühlt ist unser Gemütsgrund. Menschen können nicht gedeihen, wenn das Elend sie schüttelt und wenn die Not sie nicht zur Selbstbesinnung kommen läßt.

Da tun Stunden der Entspannung und der Erhebung not. Wie nie hat der Mensch heute Stunden der Feier nötig. Stunden des Herausgerissenseins aus der Alltagswelt. Stunden, in denen der Mensch das Tiefe, Feierliche und Eigentliche in ihm fühlt.

Diese Stunden senken Harmonien in die zerrissene Seele. Sie helfen, zu glauben. Und stark zu sein. Und über dem Leben zu stehen. Es zu zwingen. Und zu erleben: höher als das Schicksal steht dennoch der Mensch.

Humor

Eine Schankwirtin an ihren Lieferanten: „Ich bitte Sie, mich nicht ständig zu mahnen. Bei mir können Sie ruhig schlafen. Wovon sich Ihr Reisender bei seinem letzten Hiersein überzeugt hat. Im übrigen fiel mir am Schlusse Ihres allerwertesten ein dunkler Punkt auf. Ich werde ihn das nächste Mal mündlich prüfen."

*

Dem großen Maler Adolf Menzel wurde einst gemeldet, daß General Pape ihn zu sprechen wünsche. „Ach", rief Menzel wegen der Störung ärgerlich aus: „Ich will ihn nicht sehen. Pape ist mir piepe, ich pupe auf Pape."

*

Die Lehrerin macht in der Schule den Kindern den Unterschied zwischen konkret und abstrakt klar: „Konkret ist das, was man sieht, abstrakt, was man nicht sieht. Also Heinz, nenne mir etwas Konkretes." „Meine Hose, Fräulein." „Gut, mein Junge. Und nun etwas Abstraktes?" „Ihre Hose, Fräulein."

*

Chef zum Buchhalter: „Herr Schmidt, seit 25 Jahren sind Sie in meinem Hause tätig, seit 10 Jahren betrügen Sie mich, seit 2 Jahren haben Sie mit meiner Frau ein Verhältnis — wenn jetzt noch was vorkommt, dann fliegen Sie!"

*

Aus dem Reichstag: „Hohes Haus! Die Vermehrung der Bevölkerung auf dem flachen Lande vollzieht sich auf eine ganz natürliche Weise. Ich werde Ihnen gleich zeigen wie."

*

Ein anderer Redner im Reichstage sagte einmal: „Ich freue mich, daß der Herr Minister unter Umständen auch einen starken Ton von sich geben kann."

*

Und noch ein anderer meinte: „Ich bitte Sie, Herr Minister, sich einmal eingehend die unteren Organe Ihres Beamtenpersonals anzusehen."

Von Schlaf und Schlaflosigkeit

Von Dr. med. Sauer.

Das ganze Leben auf unserer Erde ist auf einen Wechsel zwischen Arbeit und Ruhe aufgebaut. Im Pflanzen- und Tierreich folgt der Lebensbetätigung regelmäßig ein Ruhezustand, im Winter „schläft" die Natur. Der Mensch arbeitet am Tage, nachts soll er ruhen und in einem gesunden Schlaf neue Kräfte für den folgenden Tag sammeln. Fanatiker haben versucht, ohne Schlaf auszukommen, sie mußten bald erkennen, daß der Schlaf sein Recht verlangt. Der Mensch kann selbst mit äußerster Willensanstrengung kaum eine einzige Nachtruhe entbehren, er ist am anderen Tage nicht voll arbeitsfähig, sondern müde und abgespannt. Schlaf vor Mitternacht zählt doppelt. Wir alle haben es an uns empfunden, bei abendlichen Festlichkeiten, die bis zum anderen Morgen dauerten. Noch vor Mitternacht wird es in der sonst so lustigen Gesellschaft merklich ruhig, die Stimmung läßt nach, ein Gähnen wird mehr oder weniger unterdrückt, der Schlaf macht sich bemerkbar. So dauert es eine Weile, dann flackert die alte Stimmung wieder auf, die erste Ermüdungswelle ist überwunden, bis gegen Morgen eine zweite Ermüdungswelle zum Schlaf zwingt. So erscheint bei unserer Lebensweise allabendlich vor Mitternacht die erste Ermüdungswelle, die dem Menschen zeigen will, daß jetzt die Zeit des Schlafens gekommen ist. Der Mensch, der die Gesundheit hüten und pflegen soll, dürfte nicht immer gegen solche Naturlehren verstoßen. Auch die Gewohnheit, den Nachtschlaf durch einen Mittagsschlaf ersetzen zu wollen, ist falsch, während eine kurze Mittagsruhe wohl zu empfehlen ist.

Man hat vielfach versucht, eine bestimmte Stundenzahl für den Schlaf festzusetzen. Sechs Stunden Schlaf genügen, ist im Volke viel verbreitet, eine Ansicht, die für die meisten Menschen nicht zutrifft. Ich habe immer gefunden, daß eine Nachtruhe von acht bis zehn Stunden für die Gesundheit, Lebendigkeit und Frische das Richtige ist, zumal für unsere heutige abgehetzte nervöse Welt. Die beste Schlafenszeit ist ungefähr von abends zehn bis morgens um sechs.

Nun gibt es viele Menschen, die behaupten, abends vor 12 Uhr nicht einschlafen zu können. Einige Regeln sind zu beachten: keine geheizten, sondern frisch gelüftete Schlafzimmer, keine warmen Oberbetten, aber auch nicht zu kalt schlafen, nicht viel trinken, früh abendessen, täglich zu einer bestimmten Zeit ins Bett gehen mit dem festen Willen, schlafen zu wollen. Der Wille zum Schlafen fehlt vielen, ich empfehle, ins Bett zu gehen, die Augen schließen, alle Tagesgedanken ausschalten und mit festem Willen sich konzentriert auf den Schlaf einstellen. Auch sind einige Hilfsmittel erlaubt, regelmäßig vor dem Schlafengehen einen Spaziergang machen, dabei tief ein- und ausatmen, einen Apfel essen — auch zur Mundreinigung sehr zu empfehlen —, im Bett etwas lesen bei gutem Licht usw., erleichtern das Einschlafen. Meistens sind es nervöse Menschen, die abends nicht einschlafen können, für diese ist aber das Frühaufstehen ein Heilmittel. Man findet immer wieder, daß die Morgenarbeiter abends schnell einschlafen und auch die ganze Nacht gut durchschlafen. Auch müssen nervöse Menschen wissen, daß es eine absolute Schlaflosigkeit nicht gibt; der Körper ruht immerhin, wenn der Mensch entspannt und ausgestreckt liegt. Wir unterscheiden einen Körperschlaf und einen Gehirnschlaf, die meistens beide zusammenklingen, bei Störung des letzteren kommt es vielfach zu Träumen, die, wenn sie mit Angst- und Schreckvorstellungen einhergehen, oft äußerst störend wirken und keine genügende Nachtruhe zulassen. Diese Menschen gehören in ärztliche Behandlung, falsch ist es jedenfalls, auf alle Mittelchen zu hören, die durch die Presse oder von Mund zu Mund empfohlen werden, der Arzt ist all dieser Menschen bester Helfer. Niemals soll man planlos ohne ärztliche Verordnung Schlafmittel nehmen. Sie müssen in immer stärkerer Dosis genommen werden und wirken deshalb schädlich, auch bringen Schlafmittel niemals einen gesunden natürlichen Schlaf.

Ein tiefer, ruhiger Schlaf ist äußerst gesund, und bei den vielen Bestrebungen, dem Volke eine hygienische Lebensweise zu vermitteln, wird die gesundende Bedeutung des Schlafes zu wenig gewürdigt. Man hat den Schlaf vielfach einen Schönheitsschlaf genannt, in der Tat, schlaflose Nächte und Müdigkeit am Tage sind zerstörend für Körper, Geist und Seele. Ein natürlicher Schlaf ist der Menschen größter Wohltäter.

Maskenbälle

In dem uralten Bedürfnis der Menschen, einmal die alltägliche Kleidung mit dem bunten glitzernden Maskenkostüm zu vertauschen, ein kulturelles Moment zu sehen, wäre verfehlt, denn auch die primitivsten Völker liebten von altersher die Verkleidung. Einmal für wenige Stunden etwas anderes vorzustellen, eine andere Rolle als die vom Leben vorgeschriebene zu spielen und sich durch irgendein buntes phantastisches Kostüm über den grauen, sorgenreichen Alltag hinwegtäuschen zu lassen, das ist ein Vergnügen, das den Menschen angeboren ist, wie die Lust an Tanz und Spiel. Doch es hat auch in der Geschichte eine Reihe von Maskenbällen gegeben, die eine besondere geschichtliche Bedeutung gewannen, in deren Verlauf sich Szenen ereigneten, die angesichts des buntbewegten Rahmens doppelt grausig wirkten und den dramatischen nächtlichen Geschehnissen spukhafte Konturen verliehen.

Man schrieb den 19. Januar 1832 und Paris ging dem glanzvollen Höhepunkt seiner gesellschaftlichen Ereignisse entgegen: dem Opernball. Der äußere Rahmen war prächtiger denn je, und die Massen der Besucher gerieten schnell in die richtige Ballstimmung. Plötzlich zu schon vorgeschrittener Stunde tauchte eine unheimliche Maske auf, die die Aufmerksamkeit der Festteilnehmer auf sich lenkte. Eine hohe, schlanke, schwarzgekleidete Gestalt ging mit feierlichen Schritten durch das Gewühl der ausgelassenen Tanzlustigen, jede Annäherung brüsk ablehnend. Die Neugier der Masse wuchs, man umringte den Unheimlichen, der nach wilder Flucht endlich auf der Höhe einer Treppe gestellt wurde. „Wer ich bin, fragt ihr? Ich bin die Cholera!" Bestürzt wich die Menge zurück, die Stimmung verflog und man vergaß das Tanzen. Eine Viertelstunde später brach die Seuche im Ballsaal aus, mit solcher verheerenden Wut, mit solcher Vehemenz, daß Kranke und Gesunde panikartig über die Leichen der plötzlich Gestorbenen hinweg ins Freie flüchteten.

Auch der Maskenball, der am 16. März in der Großen Oper von Stockholm stattfand, erhielt eine furchtbare Bedeutung. König Gustav III. hatte seine Beteiligung an dem Feste zugesagt, und die gegen den König eingenommenen schwedischen Aristokraten sahen in diesem Maskenball die günstige Gelegenheit, das geplante Attentat auf den Herrscher zu wagen. Der König, trotz der Maskierung kenntlich, wurde bei seinem Eintritt von den Verschwörern umringt und von dem General Ankarström hinterrücks erschossen. Eine Panik bemächtigte sich der Gäste, als sie den Schuß hörten und den König sterbend am Boden liegen sahen. Beherzte Männer fesselten den Mörder, den die Besonnenen nur mit größter Mühe vor der Lynchjustiz der Menge bewahren konnten.

Auf einem Maskenball wurde die nachmalige Marquise Pompadour dem König vorgestellt und eroberte sein Herz im Sturm. Ging auch der Ball ohne Zwischenfälle vorüber, von diesem Tage an datierte die Macht der Pompadour. Sittenlosigkeit und Verschwendung nahmen die ungeheuerlichsten Ausmaße an und brachten das französische Volk an den Rand des Verderbens. Mit diesem Maskenball begann eine Zeit, die nach Glanz und Pracht, nach politischem und künstlerischem Aufschwung im Grauen der blutigen, alle Werte vernichtenden französischen Revolution ihr Ende fand.

Rolf C. Reiner.